

## Pflegen bis der Arzt kommt

**Das muss drin sein:  
100.000 zusätzliche Pflegekräfte**

*In deutschen Kliniken herrscht der Pflegenotstand. Deshalb fordert DIE LINKE im Zuge ihrer Kampagne „Das muss drin sein.“ die Einstellung von 100.000 neuen Pflegekräften. Beschäftigte, PatientInnen und Angehörige demonstrieren in den kommenden Monaten auf Plätzen und vor Krankenhäusern für mehr Personal in den Kliniken. Auch DIE LINKE ist mit dabei.*

Ausgerechnet die, die sich um die Gesundheit anderer kümmern, gehören zu den Berufsgruppen mit den höchsten Krankständen: Krankenschwestern und Krankenpfleger werden überdurchschnittlich oft krank und bleiben es länger als Beschäftigte aus anderen Berufsgruppen. Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung leiden Pflegekräfte besonders oft an Muskel-Skeletterkrankungen, aber auch an Burn out und anderen psychischen Störungen. Mehr als jede zweite Pflegekraft geht davon aus, vorzeitig ihren Beruf aufgeben zu müssen, weil der Stress zu hoch ist. Kein

Wunder: Heute gibt es in den Kliniken 14.000 weniger Vollzeitstellen für Pflegekräfte als im Jahr 2000. Dabei ist die Zahl der stationär Behandelten seit der Jahrtausendwende von 17,3 Millionen auf 19,1 Millionen im Jahr gestiegen. Dass die Beschäftigten immer mehr und schneller arbeiten müssen, bekommen



auch die Kranken und ihre Angehörigen zu spüren. Viele Menschen machen in Kliniken die Erfahrung, dass Pflegekräfte zu wenig Zeit für sie haben – ausgerechnet in einer Lebenslage, in der sie neben der medizinischen Versorgung Zuspruch und

Beistand brauchen. Das muss aufhören. Betriebliche und tarifvertragliche Lösungen für mehr Personal wie an der Berliner Charité sind gut – eine einheitliche gesetzliche Vorgabe, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patientinnen und Patienten benötigt werden, ist besser.

DIE LINKE will mit ihrer Forderung „100.000 Pflegekräfte einstellen“ Druck auf die Bundesregierung ausüben, für mehr Personal in den deutschen Kliniken zu sorgen. Die Forderung ist Teil der Kampagne „Das muss drin sein.“, die sich unter anderem gegen Leiharbeit und befristete Beschäftigung richtet. Kliniken setzen immer mehr auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse, um auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sparen. Krankenhäuser wurden in den letzten 20 Jahren zu Unternehmen umgebaut, viele privatisiert – es geht oft nur noch um Kosteneinsparung und Profit. Während die Bundesregierung das Problem ignoriert, kämpfen in immer mehr Kliniken die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ver.di für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal.  
*Fortsetzung auf S. 2*



Die neue Landtagsfraktion traf sich in Banzkow zur Klausur  
Mehr dazu auf Seite 3



Yeah! Der Rostocker Jugendverband warb an der Uni wieder für linke Politik  
Mehr dazu auf Seite 7



In Rostock rief das Netzwerk gegen Kinderarmut zu einer Konferenz ein  
Mehr dazu auf Seite 8

## In dieser Ausgabe

Seite 2: Das muss drin sein  
Seite 3: Fraktionsklausur  
Seite 4/5: Landtagsfraktion  
Seite 5: Herbstfest Schmarl  
Seite 6: Kuba heute  
Seite 7: Campustag  
Seite 8: Kinderarmut

Seite 9: Sahra Wagenknecht  
Seite 10/11: Nach der Wahl  
Seite 11: Kreisvorstand HRO  
Seite 12/13: Gesundheitspolitik  
Seite 13: Rotfeder  
Seite 14: Kurt Kaiser  
Seite 16: Buchempfehlung

Liebe Leserinnen und Leser, mit großem Interesse verfolgt Ihr sicherlich die Arbeit der neugewählten Landtagsfraktion. Dem wollen wir Rechnung tragen und informieren Euch über die Klausur der Landtagsfraktion und erste Schritte in ihrer politischen Arbeit.

Wir können aber die Hände nicht in den Schoß legen und sagen: Nun macht mal Eure Arbeit! Wir sind selber gefordert, die Arbeit unseres Landesverbandes voranzubringen. Gelegenheiten zur Teilnahme an dieser wichtigen Debatte wird es geben (s. Seiten 10/11). Wir sollten diese Chance nutzen und stellen den KLARTEXT gerne als Plattform für die Diskussion zur Verfüg-

ung.

Es wäre natürlich unfair, nur auf die Arbeit unserer Landtagsfraktion zu verweisen. Viele Genoss\*innen kämpfen im Ehrenamt für eine gerechtere Politik. Zum Beispiel Margit Glasow, die ausführlich über das Gesundheitssymposium in Neubrandenburg berichtet. Zum Beispiel unser Jugendverband, der junge Leute für linkes Engagement zu begeistern versucht. Gerne berichten wir im KLARTEXT über diese Aktivitäten und sagen DANKE!

**Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.**

**Das muss drin sein:  
100.000 zusätzliche  
Pflegerkräfte**

*Fortsetzung von S. 1*

DIE LINKE unterstützt die gewerkschaftlichen Kämpfe und fordert eine gesetzliche Personalbemessung, um den Personalnotstand zu bekämpfen. Das heißt konkret: Die Bundesregierung muss in einem Gesetz regeln, wie viele Pflegekräfte für eine bestimmte Zahl von Patientinnen und Patienten mindestens in einer Klinik tätig sein müssen. Verbindliche Vorgaben gewährleisten, dass die Beschäftigten nicht chronisch überlastet sind und genug Zeit für Kranke und ihre Angehörigen haben. In Norwegen ist eine Pflegekraft für vier Kranke zuständig, in Deutschland müssen sich eine Krankenschwester oder ein Krankenpfleger um zehn Menschen kümmern. Klinikchefs sagen, dass sie sich mehr Personal nicht leisten können. Es stimmt, 100.000 Pflegekräfte einzustellen, kostet viel Geld – etwa 5 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich zu den bereits jährlich fälligen 22,23 Milliarden Euro für Pflegekräfte. Aber das könnte mit einer einfachen Maßnahme finanziert werden: indem die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wieder hergestellt würde. Zurzeit zahlen die Arbeitgeber vom Beitragssatz nur 7,3 Prozent, die Beschäftigten müssen – je nach Zusatzbeitrag – im Schnitt 8,4 Prozent aufbringen. Wird der Beitragssatz für die Krankenkassen um 0,3 Prozent angehoben und gleichzeitig die paritätische Finanzierung wiederhergestellt, würden die Beiträge für die Beschäftigten sogar geringfügig sinken.

„Wir brauchen staatliche Vorgaben in Form einer gesetzlichen Personalbemessung, um für alle Kliniken verbindliche Mindeststandards für eine ausreichende Zahl an Pflegekräften durchzusetzen“, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Bundesweit sammelt DIE LINKE deshalb bis Mitte nächsten Jahres sowohl mit Postkarten und Unterschriftenlisten als auch online Unterschriften für dieses Ziel. „Jede und jeder kann unterschreiben: im Internet unter [www.das-muss-drin-sein.de](http://www.das-muss-drin-sein.de) oder bei uns in der Geschäftsstelle der LINKEN.“, lädt Bernd Riexinger ein.

**Mehr Informationen zur Kampagne „Das muss drin sein.“:**

Unterschreiben für eine gesetzliche Personalbemessung hier: [www.das-muss-drin-sein.de](http://www.das-muss-drin-sein.de)

Alle Termine zur Kampagne hier: [www.die-linke.de/nc/kampagne/termine/](http://www.die-linke.de/nc/kampagne/termine/)  
Fragen stellen hier: [das-muss-drin-sein@die-linke.de](mailto:das-muss-drin-sein@die-linke.de)

Per Post hier: DIE LINKE, „Das muss drin sein.“, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

»Wie bei der Vorgängerregierung wird von Frau Nahles der Regelbedarf für die Grundsicherungen nach Gutdünken klein gerechnet. Armut und mangelnde soziale Teilhabe von Grundsicherungsberechtigten werden ignoriert. Selbst wenn man in der Logik der verwendeten Berechnungsmethode verbleibt, käme man auf mindestens 560 Euro Regelbedarf statt nur auf 409 Euro. Wir kämpfen aber für eine grundlegende Alternative zu Hartz IV: eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung von 1050 Euro.«  
*Katja Kipping*



## KLARTEXT online

Nach den erneuten rassistischen Vorfällen in Rostock, bei dem auch Seiten aus dem Koran verbrannt wurden, fordern wir eine umfassende Aufklärungskampagne im Land.

„Die jüngsten Vorfälle in Rostock machen deutlich, dass eine solche Kampagne dringend notwendig ist. Die polarisierenden Debatten um ‚den Islam‘ und die Einwanderung von Muslimen nach Mecklenburg-Vorpommern sind dabei aber nur ein Bestandteil. Notwendig ist eine umfassende Aufklärung über Flucht, Fluchtursachen und Integration. Die Linksfraktion in der Rostocker Bürgerschaft hat dazu Vorschläge unterbreitet, die bislang leider nicht auf-



gegriffen wurden“, erklärte die Rostocker Abgeordnete der Linksfraktion, Eva-Maria Kröger.

Nach Auffassung des innenpolitischen Sprechers der Linksfraktion, Peter Ritter (MdL MV), reicht es nicht aus, dass seitens der Sicherheitsbehörden des Landes die so genannten Koran-Verteilungsaktionen argwöhnisch beobachtet werden. Notwendig sei auch eine umfassende politische Bildungsarbeit, die die Vielfalt muslimischer Denk- und Lebenswelten aufzeigt. Dies habe auch der Jahreskongress der Landeszentrale für politische Bildung Anfang Oktober deutlich gemacht. „Wenn sich auch die neue, alte Koalition inhaltlich mit der AfD auseinandersetzen will, sollten die Rostocker Ereignisse Anlass sein zu handeln“, so Ritter. „Bei der Aktion in Rostock waren auch AfD-Plakate zu sehen, und der AfD-Landtagsabgeordnete Arppe hat sich lediglich halbherzig distanziert.“

# Aus der Arbeit der Landtagsfraktion

## Wahldebakel. Und nun? Was wollen wir anders machen?

von Eva-Maria Kröger und Karsten Kolbe

Mit Blick auf das Wahlergebnis hatte sich unsere Landtagsfraktion bereits kurz nach dem 4. September darauf verständigt, eine zweitägige Klausur zu veranstalten. Gemeinsam sollten auf Grundlage vorhandener Wahlanalysen dringend notwendige Schlussfolgerungen für die eigene Arbeit gezogen werden. Ein „Weiter so!“ käme nicht in Frage, da waren sich alle einig. Am 20. und 21. Oktober versammelten sich die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter\*innen schließlich in Banzkow. Zeitweise waren auch Vertreter\*innen des Landesvorstandes, Kreisvorsitzende und Bürgermeister\*innen der LINKEN vor Ort. Sowohl in größerer Runde als auch in kleinen Arbeitsgruppen wurde über die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit gesprochen. Viele verschiedene Aspekte wurden diskutiert und Vorschläge gesammelt. Dabei ging es stets um die Frage, was verändert und besser gemacht werden kann. Drei wesentliche Ergebnisse lassen sich grob zusammenfassen:

Erstens möchte die Fraktion zukünftig inhaltliche Schwerpunkte setzen, um ihr Profil zu schärfen und besser wahrnehmbar zu sein. Das Einreichen unzähliger Anträge und Anfragen zu verschiedensten Themen hat in den letzten Jahren viel Kraft und Zeit gekostet, doch am Ende zeigte sich im Wahlergebnis keine „Belohnung“ für die Mehrarbeit.

Stattdessen soll unser linker Markenkern, die soziale Gerechtigkeit, wieder in den Mittelpunkt allen Handelns gerückt werden. Dabei soll vor allem die Kommune immer mitgedacht werden, sprich unsere politischen Initiativen auf Landesebene sollen sich noch intensiver auf die Probleme vor Ort beziehen.

Zweitens: Die Wahlkreisarbeit soll gestärkt werden, die Fraktion möchte häufiger wahrnehmbar vor Ort aktiv sein. Raus aus den Büros, rein in die Fläche! Gemeinsam mit Genossinnen und Genossen vor Ort sollen Info-Abende, Info-Stände und der-

gleichen viel öfter stattfinden als bisher. Dazu wird auch die Öffentlichkeitsarbeit angepasst.

Drittens: Die Zusammenarbeit mit den Gremien der Partei soll weiter verbessert werden, damit wir voneinander wissen und unsere Initiativen besser abstimmen können.

Schließlich spielte der Umgang mit der AfD eine Rolle. Eine aktive Zusammenarbeit mit der AfD lehnen wir grundsätzlich ab, vielmehr haben wir uns auf die Fahnen geschrieben, die Arbeit der AfD-Fraktion sehr kritisch ins Auge zu fassen. Sie wird sich an ihren Inhalten messen lassen müssen und wir werden dafür sorgen, dass sich die AfD-Abgeordneten positionieren und ihr wahres Gesicht zeigen werden. Aufgrund der Stärke der AfD im Landtag und parlamentarischer Spielregeln wird es dennoch nicht immer möglich sein, sie zu umgehen. Wenn beispielsweise ein Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Verbrechen des NSU eingerichtet werden soll, bräuchte es die Stimmen der ganzen Opposition. Wollen wir uns als LINKE bewusst in unseren Rechten beschneiden und auf ein wichtiges Instrument der Opposition verzichten? Das muss der parlamentarische Alltag zeigen, eine Entscheidung von Fall zu Fall erscheint sinnvoll. Fakt ist aber auch: es gibt klar rechtsextrêmes Gedankengut in der AfD-Fraktion und das werden

## Ein weiter Weg – ein klares Ziel

von Simone Oldenburg, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag M-V

Wir haben verloren. Wir haben gemeinsam gekämpft und gemeinsam verloren – alle von uns, die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die Kandidatinnen und Kandidaten, die Vorsitzenden der Kreise, Städte und des Landes, aber auch alle unsere Wählerinnen und Wähler, die uns ein anderes Ergebnis gewünscht haben. Danke, dass Ihr so unermüdlich gestritten, gekämpft und überzeugt habt. Danke für unseren Wahlkampf.

Als kleinste Fraktion sind wir nun im Landtag in doppelter Opposition. Zum einen müssen wir uns mit der Politik der neuen, alten Koalition auseinandersetzen. SPD und CDU in ihrer anhaltenden Umklammerung bleiben erstarrt und setzen auf das „Weiter so“. Das lässt nichts Gutes erwarten. Zum anderen sind wir mit der AfD und deren rechtspopulistischen Parolen konfrontiert. Auch in diese Richtung müssen wir uns klar positionieren.

Wir haben keine Zeit verloren und mit unserer Arbeit im Landtag durchgestartet – konstruktiv – konsequent – kernig. Die Fraktion hat sich konstituiert, und wir kennen unsere künftigen Arbeitsschwerpunkte.

Wir sind motiviert, neugierig und vor allem zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit unseren Schwerpunkten überzeugen werden. Wir werden nicht im Sammelbecken der AfD fischen, wir werden es trockenlegen. Unsere Politik wird klar und überzeugend sein. Wir werden authentisch linke Inhalte sichtbar und bewusst vertreten.

Wir wollen Vertrauen zurückgewinnen.

Das geht nur gemeinsam. Gemeinsam mit Kreisverbänden, Basisorganisationen, unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Fraktionen auf kommunaler und kreislicher Ebene.

Wir brauchen Euch. Nur gemeinsam können wir den weiten Weg, der vor uns liegt, erfolgreich zurücklegen. Nur gemeinsam können wir unser Ziel, bei kommenden Wahlen wieder kräftig zuzulegen, erreichen.

Es gibt tausend Gründe, uns zu wählen, machen wir sie deutlich.

Quelle: Newsletter DIE LINKE. M-V



wir niemals hinnehmen!

Neben den Anliegen, die sich direkt auf die Fraktionsarbeit beziehen, wurde auch über die Arbeit der Partei gesprochen. Der Landesparteitag hatte beschlossen, dass wir uns intensiv dazu austauschen müssen, wie sich unsere Landespartei entwickeln und auch verändern muss. Auf der Klausur sammelten wir erste Ideen, die wir in den kommenden Monaten gerne mit Euch besprechen möchten.

# Aus der Arbeit der Landtagsfraktion

Dr. Mignon Schwenke zur 2. Vizepräsidentin des Landtags gewählt

Die Mitglieder der Linksfraktion gratulieren der Abgeordneten der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke, ganz herzlich zu ihrer Wahl zur 2. Vizepräsidentin des Landtags auf der konstituierenden Sitzung des Landtags.

Die Linksfraktion ist überzeugt, dass Frau Schwenke ihr Amt mit viel Engagement ausfüllen wird. Mit ihren Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit im Kommunal- und Landesparlament ist sie bestens mit parlamentarischen Abläufen und Gepflogenheiten vertraut. Sie ist eine würdige Nachfolgerin der bisherigen 2. Vizepräsidentin, Regine Lück, der wir auf diesem Wege alles Gute für ihren weiteren Lebensweg wünschen.

Frau Schwenke wird in Zusammenarbeit mit der Präsidentin des Landtags, Sylvia Bretschneider, und der 1. Vizepräsidentin des Landtags, Beate Schlupp, das Parlament nach innen und außen gut vertreten und ihr Amt überparteilich ausüben.

## Schachmatt für die CDU und ‚Weiter so‘ – aber mit weniger Frauen

Zum von SPD und CDU präsentierten künftigen Zuschnitt der Ministerien erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Simone Oldenburg:

„Die Besetzung der Spitzen der Fachressorts erinnert an das Kinderspiel ‚Bäumchen, wechsle Dich‘. Wie dünn bei der SPD die Personaldecke gestrickt ist, zeigt sich bereits daran, dass Mathias Brodkorb innerhalb von vier Wochen gleich drei verschiedene Zuständigkeiten innehatte. Ministerpräsident Selling schiebt das Personal wie Figuren auf dem Schachbrett hin und her.

Ein weiteres Mal wurde die CDU schachmatt gesetzt. Der Posten des Staatssekretärs für Vorpommern, ihre ureigene Forderung, geht an die SPD.

Alles geht weiter so, aber mit weniger Frauen. Der Koalitionsvertrag ist noch nicht unterzeichnet, da machen SPD und CDU klar, was sie unter Frauenförderung verstehen. Das ist ein gleichstellungspolitischer Offenbarungsg-

eid.

Bei dem Schachern um die inhaltlichen Zuschnitte der Häuser wird das Sozialministerium um wichtige Teile beschnitten. Und anstatt das Bildungsministerium neu zu sortieren, wird es aufgebläht. Die Aufgabenvielfalt wird auch nicht mit einem zweiten Staatssekretär zu bewältigen sein.“

## Gleichstellungspolitisches Schweigen bei neuer, alter Großen Koalition

Zum gleichstellungspolitischen Schweigen von SPD und CDU in den Koalitionsver-



handlungen erklärt der gleichstellungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter: „Es ist gerade mal fünf Jahre her, da gab Ministerpräsident Erwin Sellering den großen Paukenschläger. In Sachen Gleichstellungspolitik sollte es mit Riesenschritten vorgehen. Was folgte war ein gleichstellungspolitisches Trauerspiel. Es dauerte fünf Jahre, bis die Novelle des Gleichstellungsgesetzes verabschiedet werden konnte. Der große Wurf war es nach jahrelangem Herumdoktern am Gesetzestext dann aber

nicht. Es blieb ein Gesetz für den öffentlichen Dienst, andere Bereiche des alltäglichen Lebens blieben ausgeblendet. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Vereinbarkeit von Privat- und Erwerbsleben, Arbeits- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Gleichstellungsbeauftragten – all das blieb weit hinter den berechtigten Erwartungen an eine moderne Gleichstellungspolitik zurück.

Wenn nun in den vergangenen 14 Tagen die beiden Herren Verhandlungsführer, Sellering und Caffier, nach ihren Gesprä-



chen vor die Kameras und Mikrofone traten, waren Worte wie Gleichberechtigung oder Gleichstellung nicht ein einziges Mal zu vernehmen. Es ist also zu erwarten, dass auch im neuen „Buch der guten Taten“, auch Koalitionsvertrag genannt, nichts zur spürbaren Verbesserung in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern zu lesen sein wird.

Die Linksfraktion wird daher weiter für ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm, wie es in

anderen Ländern längst Usus ist, streiten.

Auch vor dem Hintergrund der rückwärts-gewandten Vorstellungen der AfD zur Gleichstellungs- und Familienpolitik wird sich die Linksfraktion für eine moderne Gleichstellungspolitik einsetzen. Sellering und Caffier wären gut beraten, diesen Weg nicht mit einem müden Lächeln zu verhindern.“

## Die Milchmädchenrechnung von Innenminister Lorenz Caffier

Zur zwischen SPD und CDU erzielten Einigung „Personalentwicklung bei der Polizei“ erklärt Peter Ritter:

„Je mehr Caffier und Co. versuchen, die Einigung zur Personalentwicklung bei der Polizei schönzureden, umso deutlicher wird die Bruchlandung der CDU. Das wäre ja noch zu verschmerzen.

Viel schwerer wiegt, dass mit den Verhandlungsergebnissen die persönliche und öffentliche Sicherheit im Land nicht gestärkt und die schwierige Situation der Landespolizei in keiner Weise verbessert wird. Jeweils 15 Beamte mehr in den 37 Revieren – das sind 555 Stellen. Das hat die CDU im Wahlkampf nicht nur gefordert. Sie hat es versprochen und betont, dass diese Personalaufstockung nur mit ihr zu haben sei. Nun wird alles Mögliche zusammengekratzt. Wenn aber Caffier den weit vor den Wahlen verfügten Stellenabbaustopp und die im Zuge der Flüchtlingskrise geschaffenen Stellen dazurechnet, um besser dazustehen, dann lügt er sich selbst in die Tasche. Es ist eine Milchmädchenrechnung, die den Menschen im Land weismachen soll: Seht, wir halten Wort!

Die Leute im Land lassen sich aber nicht mehr veralbern. Spätestens seit dem 4. September müsste das auch der CDU klar sein. Auch die versprochene Einheit der Bereitschaftspolizei in Vorpommern ist zunächst nicht mehr als eine Nebelkerze. Kommt das Personal dafür aus den 150 neuen Stellen, oder wird das notwendige Personal dafür aus den bestehenden Einheiten ausgekehrt?

Unter den Tisch gekehrt wird, dass Caffier in der vergangenen Wahlperiode ohne Not die ‚Einsatzzüge besondere Lagen‘ abgeschafft hat. Ebenso die Tatsache, dass Caffier in seiner 10-jährigen Amtszeit das Personalentwicklungskonzept als rot-rote Hinterlassenschaft zwar stets beklagt, jedoch nichts unternommen hat, seinem Koalitionspartner spürbare Verbesserungen abzurufen. Auch beim dritten Aufguss der Großen Koalition wird offenbar alles bleiben wie bisher: Caffier gibt den Sprücheklopfer, Sellering belächelt ihn. Auf der Strecke bleiben die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und die persönliche und öffentliche Sicherheit.“

## Archäologisches Landesmuseum gehört nach Rostock

Zu den Äußerungen aus Teilen der CDU, die Hansestadt Rostock als Standort für das neue Archäologische Landesmuseum nicht mittragen zu wollen, erklärt die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Eva-Maria Kröger:

„Noch vor der Sommerpause hat ein Gutachten eindeutig ergeben, dass sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus wirtschaftlicher Sicht Rostock der ideale Standort für das neue Landesmuseum ist. Daran hat sich nichts geändert.

Wenn führende CDU-Landespolitiker diese Standortempfehlung nun blockieren, ist das nicht nachvollziehbar. Vermutlich haben sie in ihren Heimatkommunen Versprechungen gemacht, die sie nicht erfüllen können.

An erster Stelle muss eine wissenschaftlich und wirtschaftlich vernünftige Entscheidung stehen. Die archäologischen Schätze des Landes müssen sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Besucherinnen und Besuchern von Mecklenburg-Vorpommern zugänglich gemacht werden.“

## Soziale Wohnraumförderung – kein Schwerpunkt für SPD und CDU

Zum Entwurf der Koalitionsvereinbarung im Bereich Wohnen erklärt die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Eva-Maria Kröger:

„Menschen, die dringend eine bezahlbare Wohnung in Rostock, Greifswald und den Urlaubshochburgen suchen, werden enttäuscht. Die soziale Wohnraumförderung ist für SPD und CDU kein Schwerpunkt. Sie wollen lediglich den begonnenen Bau von Sozialwohnungen fortsetzen. Was für ein Hohn! Bisher gibt es lediglich einen Richtlinienentwurf und niemand stellt einen Förderantrag. Entweder passen den potenziellen Investoren die Förderbedingungen nicht, oder die Voraus-

setzungen liegen nicht vor, so dass keine Anträge gestellt werden können. Das Land tritt auf der Stelle. Selbst wenn sich noch ein Investor finden sollte, wird vor 2018 keine neue Wohnung bezugsfertig sein. Damit sind für 2016 und 2017 viele Millionen Euro geparkt und werden nicht ausgegeben. Statt weiter Schulter zuckend zuzusehen, muss schleunigst die Förderrichtlinie geändert und für Antragsteller attraktiver gemacht werden. Wir brauchen eine Aufbruchsstimmung und einen Schub im bezahlbaren Mietwohnungsbau.

Ein neues 20-Millionen-Euro-Programm soll dafür sorgen, dass mehr Wohnungen barrierefrei oder weitgehend barrierefrei umgebaut werden können. Das Programm gibt es nur, wenn die Haushaltsmittel dafür da sind, heißt es in der Koalitionsvereinbarung. Das ist zynisch, weil seit dem Sommer feststeht, dass der Bund noch einmal 500 Milliarden Euro zubuttern will für die soziale Wohnraumförderung. Es ist also schon gesetzt, dass M-V davon etwa 20 Millionen Euro erhält. Das Land gibt damit weiterhin keinen einzigen Euro Landesgeld für Wohnraumförderung aus.

In den Jahren 2007 bis 2013 wurde nur ein Teil des Bundesgeldes ausgegeben. Der Rest wanderte in den Sparstrumpf für Zeiten ohne Bundesförderung. Nun werden die Bundesmittel sogar aufgestockt, offenbar bestehende Begehrlichkeiten, den Sparstrumpf für andere Dinge zu plündern, wurden abgewehrt. In die Koalitionsvereinbarung wurde aufgenommen, das Sondervermögen Wohnraumförderung zu erhalten und nicht im allgemeinen Landeshaushalt zu versenken.“

## Bessere Bedingungen und Tarifschutz für Beschäftigte an den Theatern!

Der 17. Oktober ist der Jahrestag der Verabschiedung des UNESCO-Übereinkommens zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes, das auch die deutsche Theater- und Orchesterlandschaft unter

Schutz stellt. Im Rahmen der Aktion „40 000 Theatermitarbeiter\*innen treffen ihre Abgeordneten“ traf sich der Schweriner Abgeordnete der Linksfraktion, Helmut Holter, mit der Schauspielerin Tina Landgraf von der Fritz-Reuter-Bühne des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin und Oliver Schneider, Musiker und einst u.a. Regieassistent in Schwerin. Helmut Holter zeigte sich beeindruckt:

„Meine beiden Gesprächspartner vermittelten mir einen sehr interessanten und informativen Blick hinter die Kulissen. So muss der uralte Tarifvertrag ‚NV Bühne Solo‘ dringend neu verhandelt werden, denn auch an den Theatern gibt es prekäre Beschäftigung und keinen tariflichen Schutz etwa für Schauspielerinnen und Schauspieler. Die Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Leben ist gerade an Theatern ein riesiges Problem. Das Arbeitszeitgesetz wird kaum beachtet und die Wochenplanung häufig durcheinandergebracht. Festanstellungen sind eher eine Seltenheit.

Die Zeit der Soloverträge ist doch überholt. Neue tarifliche Vereinbarungen müssen sichern, dass gleiche Gagen für gleiche Leistungen gezahlt werden. Außerdem führt der Kahlschlag an den Theatern zu einer Arbeitsverdichtung und Flexibilisierung, die zu hohen Belastungen der Beschäftigten führen.

Das Land M-V ist seit August 2016 Hauptgesellschaft der Mecklenburgischen Staatstheaters. Im neuen Koalitionsvertrag von SPD und CDU wird viel über die Stärkung der Tarifgebundenheit geschrieben. Wie sieht es denn bei den eigenen Gesellschaften aus, Herr Sellering? Die neue, alte Landesregierung muss zuerst vor der eigenen Haustür kehren.“

## Unser Jugendverband beim Herbstfest in Schmarl



# Kuba 57 Jahre nach der Revolution - Teil VII

1993 sahen wir auf unserer Reise durch Kuba kaum neu begonnene Bauvorhaben oder Instandsetzungsarbeiten. Es ging ums nackte Überleben der Menschen und des ganzen Landes mit seinen sozialistischen Grundlagen und die Sicherung der Errungenschaften im Gesundheitswesen und im Bildungswesen. Der Verteidigung galten große Anstrengungen, um die USA vom Versuch einer erneuten militärischen Intervention abzuschrecken, da diese in den 90er Jahren jahraus, jahrein den Zusammenbruch des kubanischen Systems voraussagten.

2000 erlebten wir ein Kuba, das vor allem dank des Handelsaustauschs mit China wieder auf festeren Füßen stand. Der Fremdenverkehr hatte erheblich zugenommen und die innere Sicherheit war durch moderne Ausrüstung der Polizei bereits auf einem Stand, dass sich die Touristen nach wie vor überall auf der Insel sicher fühlen konnten. Nun gab es nur noch stundenweise Stromabschaltungen.

2010 staunten wir dann über viele Fortschritte z.B. in Alt-Havanna, wo zahlreiche große und ansehnliche Gebäude bereits wiederhergestellt waren oder begonnen wurde, diese instand zu setzen. Doch in der Landwirtschaft hatten die Sorgen zugenommen, es zog die Menschen vom Land in die Stadt und die starke Ausrichtung auf den Zuckerrohranbau war nicht länger aufrecht zu erhalten.

Durch die enge Kooperation insbesondere mit Venezuela war es aber für Kuba erstmals möglich auch wesentliche Einnahmen aus „Humankapital“ zu erwirtschaften, das zeigte, dass die Ausrichtung Kubas auf ein „Bildungsland“ nicht nur innerhalb Kubas wirkte, sondern auch über medizinisches Fachpersonal im Ausland und sich neben der Solidarität (Kuba unterstützt etwa 120 Staaten der Welt mit Ärzten) auch Einnahmen erzielen lassen, da in den kapitalistischen Staaten Lateinamerikas auf dem Land und in den Vierteln der Armen einheimische Ärzte kaum zu finden sind.

Seit drei Jahrzehnten sind es Kubanerinnen und Kubaner, die nach Naturkatastrophen und bei Epidemien oft zuerst an Ort und Stelle sind und dann dauerhaft, oft über Jahre helfen, nachdem die Helfer aus den entwickelten Staaten längst wieder abgezogen sind, wenn die Medienwirksamkeit verfliegen ist. So war es auch nach dem Erdbeben in Haiti 2010. Das sozialistische Kuba, das nur etwa ein Sechstel des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts Deutschlands hat, hat damit aber das Sechsfache des

benachbarten kapitalistischen Haitis.

So half Kuba dort seit Jahrzehnten unentgeltlich mit 500 medizinischen Fachleuten in allen Landkreisen. Nach dem großen Beben mit über 300.000 Toten und unzähligen Verletzten wurde diese Zahl auf 1.500 aufgestockt und so ist es bis heute geblieben.

Auf dem Land im Westen Havannas, nicht weit von der Küste entfernt, bei Verwandten meines Freundes José Ramon aus der Campanario 456 in Habana Centro lernte ich eine sehr muntere, etwa 1,56 m „kleine“ schwarzbraune Frau voller Energie kennen, von der ich hörte, dass sie nach zwei Jahren Arbeit in Angola als Dozentin für Pädagogik für Unterstufenlehrer nun vier Wochen in Kuba war, um dann wie-



der für zwei Jahre nach Angola zu gehen. So arbeiten zehntausende Kubaner auch in anderen als medizinischen Berufen als Entwicklungshelfer insbesondere in afrikanischen Staaten. So geschieht es dann, dass die Ururenkel verschleppter afrikanischer Sklaven ins Land ihrer Ururgroßeltern kommen.

Wegen der auf Kuba allgemein hohen Temperaturen zwischen 26 °C und 32 °C, nur in Havanna und im Westen der Insel liegen diese im Januar und Februar manchmal sogar unter 20 °C, war es für mich schon wegen der Abkühlung durch die Klimaanlage angenehm, Anfang 2016 immer wieder in Geschäfte hineinzuschauen und dabei einzelne Artikel im Angebot zu entdecken, die es sonst nirgends gab. Das betraf so einfache Dinge wie Toilettenpapier, Kugelschreiber oder Butter und Zucker, die oft nur bei längerem Suchen - aber irgendwo - zu finden waren. Die Einheimischen kennen sich natürlich besser aus. Man braucht sie nur zu fragen, wenn man etwas nicht findet. Wen das mit dem Zucker wundert, der soll wissen, dass dieser über die „libreta“ bezogen wird, in anderen Läden also nicht angeboten zu werden braucht. Doch dort wo er angeboten wird, kostet 1 kg 1,80 CUC und ist so weiß wie unserer.

Ich sah dieses Mal - oft allein unterwegs - die vorteilhafte Wirkung der Bauernmärk-

te auf eine vielseitige und preisgünstige Versorgung der Kubaner in Havanna und Santiago. Dort und in kleineren Lebensmittelläden werden die Preise auch nur in nationaler Währung angegeben. Kubaner mit normalem Einkommen kaufen meist mit MN (CUP).

Es verstehen sich die meisten Händler darauf, dem Ausländer deutlich mehr „abzuknöpfen“, wenn der nicht rasch umrechnen kann, unzureichend Spanisch spricht, sich im Urlaub nicht streiten will oder mit Rücksicht auf das geringe Einkommen der Kubaner großzügig verfährt. Das ist auch so in einfachen Restaurants, wo der ausländische Gast die Preisliste nur auf Nachfrage erhält. Sogar in Läden habe ich das erlebt, obwohl dort alles deutlich mit

Preisen ausgezeichnet ist. Ausländer können ruhig ein wenig mehr bezahlen, das ist nur gerecht! Diese Auffassung ist verständlich. In Museen und Theatern und anderen Kultureinrichtungen bezahlt der Fremde sogar grundsätzlich das 25-fache wie der kubanische Bürger. Im Nationaltheater ist das sogar schon von draußen

zu sehen. 30 CUP für Kubaner, 30 CUC für Ausländer. CUP gleich MN (Moneda nacional) sollte man beim Einkauf neben dem CUC (konvertibler Peso) immer dabei haben. Einmal sollte ich für eine Banane, es war eine große gelbe, 1 CUC bezahlen. 10 Cent wäre angemessen gewesen, denn kleine Bananen werden überall für einen Peso das Stück verkauft. Beim Obst sind neben den Bananen die Guayabas noch wichtiger als die bei uns bekannteren Mangos. Die Guayabas haben im Vergleich zu den Mangos nur geringen Abfall, weil sie im Inneren keinen Stein haben und nur eine dünne Schale wie die Pflaume. Säfte (jugos) aus Guayaba werden wie die aus Mangos sehr häufig als Erfrischung für 5 Pesos angeboten, also 5 Gläser Saft für weniger als 1 Euro. Die Guayabas haben allerdings unzählige winzige, schwarze Kerne, die sich aber problemlos schlucken lassen. Sie dürfen nur nicht zwischen die Zähne geraten.

Der Umtauschkurs von 1 zu 25 hat den großen Vorteil einfacher Umrechnung. Vom CUP zum CUC mal 4 durch 100 und vom CUC zum CUP mal 100 durch 4. Tauscht man offiziell oder inoffiziell CUC in CUP um, gilt ein Kurs von 1 zu 24, was 4% Gewinn für die Bank oder den Geldwechsler bedeutet.

23. August 2016 Günter Althaus

# Campustag 2016



Auch in diesem Jahr war die Jugend der Partei DIE LINKE auf dem Campustag der Universität Rostock vertreten und hat für unsere Positionen und um Neumitglieder in der Studierendenschaft geworben. So viel sei gesagt: wie auch die letzten Jahre schon haben wir eine sehr positive Resonanz und viel Zuspruch erfahren.

Einige Besonderheiten gab es allerdings. Zum einen sind wir dieses Jahr zum ersten Mal als Linksjugend Rostock aufgetreten, seitdem sich der Studierendenverband SDS und der Jugendverband solid zusammengeschlossen haben. Zum anderen war zum Zeitpunkt der Veranstaltung am 4.10. die Landtagswahl genau einen Monat vergangen und deren Ergebnisse, vor allem das starke Abschneiden der AfD, noch frisch. Insofern verwundert es nicht, dass wir viele Gespräche rund um das Wahlergebnis und den gesellschaftlichen Rechtsruck zu führen hatten.

Viele waren besorgt und fragten, was man tun könne und dem Rechtsruck bzw. der AfD entgegenzuwirken. Natürlich war die übliche Antwort, dass ein jeder und eine jede sich am besten selbst politisch engagieren solle, am besten bei uns. Wenigstens aber solle man das Kreuz bei der Linken machen. Auffällig war zudem, dass tatsächlich viele mit dem Gedanken spielten sich politisch zu engagieren, die meisten aber den Schritt zu einem Parteieintritt mit allen damit verbundenen Pflichten scheuen oder sich nicht zutrauen. Diese grundsätzliche Bereitschaft sich politisch zu engagieren, ist normal im Zuge von Wahlen und deckt sich auch mit der Beobachtung, dass der Kreisverband üblicherweise nach Wahlen die meisten Eintritte zu verzeichnen hat. Trotzdem gelingt es uns noch zu selten diese Schwankenden tatsächlich dazu zu bewegen bei uns mitzumachen. Dieses Problem haben aber nicht nur wir und das auch nicht erst seit diesem Jahr. Ein Patentrezept wie es gelingen kann, dass diese jungen Menschen diesen letzten Schritt noch machen, gibt

es leider nicht.

Um den ein oder anderen doch in den Schoß der Partei zu führen, hatten wir uns dieses Jahr dazu entschieden mit unseren Materialien auf die Themen Antifaschismus, Flüchtlingspolitik und Gender-Themen zu setzen. Erstere ergaben sich ganz einfach aus den gesellschaftlichen Debatten rund um die Wahl, letzteres ist gerade in studentischen Milieus ein sehr beliebter Themenkomplex.

Wie bereits erwähnt, ging diese Überlegung auch vollständig auf. Unsere selbst entworfenen Materialien wurden uns förmlich aus den Händen gerissen, wir haben zudem fast 1000 Ersttüten verteilt. Als mittlerweile feste Tradition haben wir mittels Zuckerwatte und Popcornmaschine die Massen an unseren Stand gelockt, was der politischen Konkurrenz in unmittelbarer Nähe (in diesem Jahr die Grünen) neidische Blicke abnötigte (die auch schon Tradition haben). Im Laufe der letzten Jahre haben wir es geschafft unsere Präsenz und unsere Angebote derart zu professionalisieren, dass sich am Stand der Linken immer lange Schlangen bilden, während sich an die Stände der anderen Hochschulgruppen üblicherweise nur eine handvoll Leute verirren.

Wir wissen natürlich, dass die allermeisten Studis, die zu uns kommen, nur etwas abgreifen wollen. Das ist auch der Struktur der Veranstaltung Campustag geschuldet. Neben den politischen Hochschulgruppen, buhlen auch eine Menge andere Vereine, Verbände und auch das ein oder andere Unternehmen um die Gunst und die begrenzte Aufmerksamkeit der Erstsemester. In aller Regel geschieht das über Give Aways, so dass der oder durchschnittliche Studierende am Ende des Tages mit dutzenden Beuteln, Kugelschreibern, Sattelschonbezügen und ähnlichem versorgt ist. Trotzdem ist es gut, wenn diese jungen Menschen bereit sind, sich bei unserem Stand anzustellen und, wenn man schon nicht ins Gespräch kommt, wenigstens ein gutes Gefühl mit den Linken verbindet.

In aller Regel ist es das Ziel, dass sich Leute für eine Folgeveranstaltung eintragen, um dort dann tatsächlich in einem etwas weniger gehetzten Rahmen ins Gespräch zu

kommen. In diesem Jahr haben wir dafür das niedrigschwelligste aller Angebote gewählt: die gute, alte Kneipentour.

Leider, und auch das ist üblich, sind mit 12 Personen weniger als die Hälfte der Interessenten auch tatsächlich gekommen. Trotzdem ist das eine stolze Zahl. Wir hatten viel Spaß und den ein oder anderen konnten wir seitdem auch schon bei unseren Linksjugendtreffen begrüßen.

Insgesamt können wir also wie auch in den letzten Jahren ein sehr positives Fazit ziehen. Der Campustag fungiert zudem als guter Gradmesser für das Verhältnis junger Menschen zu unserer Partei allgemein. Und das ist insgesamt gar nicht schlecht. Viele Studierende sind links, uns zudem grundsätzlich gewogen und viele möchten sich auch irgendwie engagieren. Im Nachgang der Wahl ist diese Bereitschaft sogar noch höher als in Jahren ohne Wahlen. Aber es zeigt sich eben auch zum wiederholten Male, dass viele noch scheuen den letzten Schritt zu machen und uns beizutreten. Gerade junge Menschen empfinden diesen Schritt oft als etwas sehr Verbindliches und haben dann die Befürchtung Parteiarbeit zeitlich nicht mit ihrem Studium oder anderen Verpflichtungen vereinbaren zu können. Anderen ist das „Konstrukt Partei“ einfach nicht zeitgemäß bzw. deckt sich nicht mit ihren Vorstellungen von politischer Arbeit, die sie gerne anders organisieren möchten.

Insofern hat der Campustag uns wieder gezeigt, dass Potenziale vorhanden sind und wir gerade junge Menschen erreichen und für uns begeistern können. Wenn wir es schaffen die letzten Hürden und Befürchtungen, die oft ja nur subjektiv wahrgenommene sind, abzubauen, dann haben wir zumindest in Rostock gute Chancen auch weiterhin und noch viel mehr junge Menschen zur Mitarbeit bewegen zu können, als wir das jetzt tun. Im nächsten Jahr werden wir auf alle Fälle wieder vertreten sein und für uns DIE LINKE werben.

*Christian Albrecht*



# Kinder- und Jugendarmutskonferenz in Rostock

**Erklärung des ‚Netzwerkes gegen Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern‘ anlässlich der Kinder- und Jugendarmutskonferenz am 22. Oktober 2016 in Rostock**

2015 lebten in Mecklenburg-Vorpommern 49.092 Kinder unter 18 Jahren in Familien, die auf Grundversicherungsleistungen angewiesen sind. Hinzu kommen Kinder und Jugendliche, die in finanzschwachen Familien aufwachsen, sei es durch Überschuldung der Elternhäuser oder durch einen geringen Verdienst der Eltern. Somit lebt mehr als jedes 4. Kind in Mecklenburg-Vorpommern in Armut oder armutsgefährdeten Familien.

Insbesondere Kinder bis zu 6 Jahren und Kinder von Alleinerziehenden sind von Armut und deren Folgen besonders betroffen.

## Jedes Kind in Armut ist eines zu viel!

Die Auswirkungen für die Kinder und Jugendlichen sind verheerend. Sie sind vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Sei es beim Kinobesuch, beim Besuch der Musikschule, eines Vereins oder des Zoos. Nicht nur das - Armut wirkt sich auf weitere Bereiche ihres Lebens aus: schlechtere Wohnbedingungen bei armutsgefährdeten Familien, kaum oder gar kein Urlaub, eine stark eingeschränkte Mobilität, ungesünderes Essen und unzureichende (Winter) Bekleidung.

## Das wollen wir nicht hinnehmen!

Das ‚Netzwerk gegen Kinderarmut‘ und die Teilnehmer\_innen der Kinder- und Jugendkonferenz wenden sich gegen diese Situation.

Sie fordern SPD und CDU im Land auf, dem Thema in der politischen Arbeit eine besondere Beachtung zu widmen.

Insbesondere fordern die Teilnehmer und die Mitglieder des Netzwerkes gegen Kinderarmut M-V, sich der Situation der Kinder und Jugendlichen intensiver zuzuwenden. Wir fordern eine auf die Regionen bezogene Sozialberichterstattung, um gezielte Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendarmut abzuleiten und daraus nachhaltige Strukturen für ein kind- und jugendgerechtes selbstbestimmtes Aufwachsen zu initiieren.

**Eltern:** Alleinerziehende und ihre Kinder sind eine der am stärksten von Armut betroffenen Gruppen. Die ungeteilte Verantwortung alleinsorgender Mütter und Väter

sollte auf der Ebene institutioneller Unterstützung besondere Berücksichtigung finden. Unkomplizierte materielle Unterstützung ist dabei genauso wichtig wie die Bereitstellung (bzw. der Ausbau und die Verstärkung) von Hilfen, die Rücksicht auf



die besonderen Lebensumstände in Armut lebender Alleinerziehender nehmen.

**Kita:** Die Teilnehmer\_innen der Konferenz und die Mitglieder des Netzwerkes gegen Kinderarmut fordern die Landesregierung auf, gerade bei den 0-6-Jährigen den chancengleichen Bildungszugang unter Anwendung einer deutlich verbesserten Fachkraft- Kind-Relation umzusetzen und die Kita für Eltern kostenfrei zu gestalten.

**Schule:** Schule heute ist ein Ort der Bildung und der Erziehung. Daher fordern wir die Novelle der KJHG, um die Schulsozialarbeit als ein Teil der Daseinsvorsorge abzusichern und nachhaltig weiter zu fördern. Auch hier muss die Fachkraft- Kind-Relation deutlich verbessert werden. Aus-



schlaggebend für die Berechnung des Betreuungsschlüssels muss der zu fördernde Aufwand innerhalb einer Schule sein.

**Jugend(verbands)arbeit:** Wir fordern einen präventiven Ansatz in der Kinder- und Jugendarbeit. Dazu zählt, Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit (also alle Orte an denen sich Kinder und Jugendliche organisiert zusammenfinden bzw. einen großen Teil ihrer Zeit freiwillig verbringen) im Land nachhaltig zu fördern.

**Netzwerke kommunal stärken:** Um die Netzwerkarbeit abzusichern, müssen die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit mit einer Grundförderung ausgestattet

werden. Bestehende Netzwerknote müssen für eine regionale Jugendhilfe- und Bedarfsplanung gestärkt werden. Wo regional keine Netzwerke existieren müssen sie aufgebaut werden.

**Soziale Arbeit:** Soziale Arbeit ist ein Mehrwert für unsere Gesellschaft. Sie ist wichtig, da entwicklungs-schädliche Einflüsse für Heranwachsende kompensiert, Hilfsangebote aufgezeigt und sinnvolle Beteiligungsfelder für Kinder und Jugendliche eröffnet werden. Alle Akteure im Feld der Sozialen Arbeit tragen eine besondere Verantwortung und sind zugleich Vorbilder für die jungen Menschen. Daher fordern wir nachhaltige und auskömmliche Beschäftigungsverhältnisse (möglichst orientiert am TVÖD).

Die aktuelle Situation ist untragbar! Denn, wie soll ein prekär Beschäftigter in der Sozialarbeit den jungen Menschen den Mut und die Hoffnung geben, sich aus ihren eigenen prekären Verhältnissen zu befreien?

*Zur Erklärung des „Netzwerkes gegen Kinderarmut in M-V“, die auf der Kinder- und Jugendarmutskonferenz von allen Teilnehmern so bestätigt wurde, erklärt die kinder-, jugend- und familienpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jacqueline Bernhardt:*

„Jedes 4. Kind in M-V lebt in Armut. Im Koalitionsvertrag der neuen, alten Landesregierung kommt jedoch das Wort ‚Kinderarmut‘ nicht einmal vor. Welche Ignoranz!

Und genauso wenig schert sie sich darum, wie die damit einhergehenden Probleme gelöst werden können. Sozialberichterstattung? Fehlanzeige – auch dazu kein Wort im Koalitionsvertrag.

Es ist ein Armutszeugnis für die neue, alte Landesregierung, dass sie nicht gewillt ist, für Erzieherinnen und Erzieher, Ju-

gend- und Schulsozialarbeiter sichere und langfristige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Dabei sind es gerade diese Beschäftigten, die wertvolle Arbeit leisten und für die Kinder da sind, die besondere Hilfe und Unterstützung brauchen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Untätigkeit der Landesregierung ist es richtig und wichtig, dass sich Vereine und Verbände, Gewerkschaften sowie Politikerinnen und Politiker zusammenschließen, um gemeinsam auf diese Probleme aufmerksam zu machen und Lösungen einzufordern. Für die Kinder und Jugendlichen!“



# Sahra Wagenknecht

**Die Bundestagswahl ist nicht mehr weit. Eine rot-rot-grüne Koalition ab 2017 ist nicht völlig ausgeschlossen. Sie um jeden Preis zu verhindern scheint das Ziel vieler Journalisten zu sein – anders lässt es sich nicht erklären, dass DIE LINKE und speziell Sahra Wagenknecht zur Zielscheibe verleumderischer Berichterstattung werden. Zeit für ein paar Klarstellungen.**

Auftakt zur Kampagne gegen Sahra Wagenknecht und DIE LINKE bildete ein Doppelinterview, das Sahra und die AfD-Chefin Frauke Petry für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* führten. Darf man das, sich mit der AfD an einen Tisch setzen und diskutieren? Mittlerweile hat sich auch bei den LINKEN die Position durchgesetzt, dass es nicht reicht, die AfD zu ignorieren oder pauschal zu schmähen. Damit stärkt man die AfD in ihrer selbstge-

wählten Rolle als Außenseiterin und Opfer des „Altparteien- und Medienkartells“. Die AfD lebt davon, dass viele unzufriedene Menschen ihre politischen Vorstellungen auf die Rechtspopulisten projizieren, die gerne alles bedienen, was ihnen Stimmengewinne verspricht. Daraus ergeben sich viele programmatischen Widersprüche (starker Staat vs. schwacher Staat, Partei des kleinen Mannes vs. Partei des neoliberalen Profitstrebens). Diese Widersprüche aufzudecken und die AfD Schritt für Schritt von ihren Wählern zu entfremden, ist nun die Aufgabe ihrer politischen Gegner. Das ist Sahra Wagenknecht im Interview mit Frauke Petry sehr gut gelungen.\*

Frau Petry versucht beharrlich, Gemeinsamkeiten zwischen Linkspartei und AfD zu konstruieren. „Es gibt keine Überschneidungen, Frau Petry“, kontert Sahra und legt an einigen Beispielen offen, dass oberflächliche Gemeinsamkeiten im Kern dann doch grundsätzlich verschiedene Politikansätze bedeuten. Beispiel Zuwanderung: Während DIE LINKE Menschen in Not helfen möchte, will die AfD sich beim Fachkräftenreservoir der Dritten Welt bedienen. Auf eine Koalition LINKE/AfD angesprochen, meint Sahra: „Wie bitte? Die AfD will einen schwachen Sozialstaat, niedrige Löhne und Renten, ein ungerechtes Steuersystem und ist nationalistisch und in Teilen rassistisch.“

Diese Unterschiede fallen in den Medien

unter den Tisch, weil die Berichterstattung (insbesondere im Fernsehen) stark mit Vereinfachung und Verkürzung arbeitet. Daran haben sich die Politiker angepasst, auch Sahra Wagenknecht. Das klappt nicht immer gut. Umso wichtiger sind dann solche Interviews. Es zeigt beispielhaft, wie die AfD entlarvt werden kann.

Das Interview zeigt auch das Versagen der Medien im Umgang mit der AfD. Anstatt die Ideologie der AfD zu entlarven, bediente die Berichterstattung über die AfD bislang vor allem Sensationslust, und sind AfD-Politiker Stammgäste in Talkshows, um die



Foto: B37/Achim Meide

»Deutsche Panzer an die russische Grenze zu schicken, ist geschichtsvergessen und ein weiterer Schritt in Richtung Eskalation in den Beziehungen zu Russland. Wer den Frieden in Europa nicht ernsthaft gefährden will, sollte sich endlich wieder auf die Traditionen der Entspannungspolitik besinnen, statt weiterhin einen Konfrontationskurs zu unterstützen, der weder im deutschen noch im europäischen Interesse sein kann.«  
*Sahra Wagenknecht*

Quote zu steigern. Fielen die Reaktionen der Medien auf das Wagenknecht-Petry-Interview deshalb so unsachlich aus? Ihnen gilt das Interview als Beleg dafür, dass sich die linken und rechten Pole des politischen Systems in vielen Dingen überschneiden. Das wiederkehrende Muster der Kritik ist simpel: Die AfD kritisiert X, DIE LINKE kritisiert X = DIE LINKE kopiert die AfD. Dahinter steckt nicht Dummheit, wie man vermuten könnte, sondern ein grundsätzliches Problem. Die deutschen Medien sind systemerhaltend angelegt. Kritik an Missständen ist erlaubt, sie darf aber nicht an den Grundfesten rütteln. Dann wird in den Redaktionen ein Schutzmechanismus in Gang gesetzt, der diese Kritik als illegitim brandmarkt. Da muss niemand aus dem Kanzleramt anrufen, das funktioniert ganz automatisch. Und trägt viel zur Politikverdrossenheit bei.

Auch die Russlandpolitik der LINKEN ist ein Dorn im Auge. Die Kritik an Institutionen wie der NATO (deren Existenzberechtigung DIE LINKE in Frage stellt!) überschreitet die Grenze des Erlaubten. In

der Sendung *Berlin direkt* vom 9.10. zeigte das ZDF Ausschnitte aus einer Rede Sahra Wagenknechts auf der Friedensdemo in Berlin. Ihre Kritik an der Scheinheiligkeit westlicher Außenpolitik wurde zum Anlass genommen, ihr zu unterstellen, Russland von jeglicher Kritik auszunehmen. DIE LINKE ist selber scheinheilig und soll mal schön den Mund halten, sollte die Botschaft lauten. Dabei hatte Sahra in ihrer Rede auch die russischen Bomben auf Aleppo als Verbrechen bezeichnet: „Krankenhäuser, die bombardiert werden. Kinder, die sterben. Furchtbare Bilder! Und es ist völlig klar, dieses Morden muss aufhören! Diese Bombardierungen sind ein Verbrechen. Es muss Schluss sein!“

Das ZDF hat seine Zuschauer also belogen und legte am 23.10. schamlos nach. Wieder wurde versucht, in der Russlandpolitik mittels isolierter Zitate eine geistige Verwandtschaft zwischen AfD und Linkspartei zu konstruieren. Auf das Statement von Wolfgang Gehrcke, dass

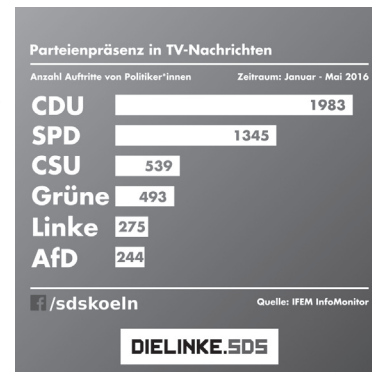
ein Erstarken der AfD verhindert und diese rechtsextreme Partei ausgetrocknet werden müsse, folgte sogleich der Kommentar des ZDF, es gebe eine neue, ungeahnte Allianz zwischen LINKEN und AfD. Absurder geht's nicht.

Bislang wurde DIE LINKE als soziales Gewissen des Politikbetriebs geduldet. Sie hatte ja keine Machtoption. Spürt man in den Redaktionen, dass sich dies ändern könnte? Erklärt dies die peinlichen Fehlleistungen in der politischen Berichterstattung? Positiv lässt sich festhalten, dass diese Methoden

leicht durchschaubar und somit kontraproduktiv sind. Eine derartige Berichterstattung nutzt uns eher. Sie schadet aber dem Ansehen des Berufsstandes der Journalisten und der Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer Zeit, in der wir eine starke unabhängige Presse benötigen.

*Carsten Penzlin*

\* Der Text des Interviews in der FASZ und der Wortlaut der Rede Sahra Wagenknechts auf der Friedensdemo können bei der KLARTEXT-Redaktion angefordert werden.



# Wie geht es weiter nach der Landtagswahl?

Auf dem Landesparteitag nach der verlorenen Landtagswahl im September setzte DIE LINKE. M-V einen Prozess in Gang, der einen inhaltlichen und organisatorischen Neuanfang des Landesverbandes zum Ziel hat. Wir dokumentieren an dieser Stelle wichtige Auszüge aus dem Leitantrag A1.

## Alles muss auf den Prüfstand

Die Erfahrungen zeigen, dass Koalitionen links von der Mitte vorbereitet werden müssen, sie brauchen gesellschaftlichen Widerhall. Dies ist auch für den Stellenwert der LINKEN in einer Koalition von Belang, weil wir nur dann in der Lage sind, selbstbewusst unsere Positionen durchzusetzen. Die erste Periode rot-roter Regierungen in Ostdeutschland zeigt, DIE LINKE ist schlecht beraten, wenn sie durch Gnade der SPD mit am Kabinettstisch sitzen darf. Vielmehr geht es darum, Regierungspolitik glaubhaft und für die Wählerinnen und Wähler nachvollziehbar nach links zu verschieben. Koalitionen mit der LINKEN finden auf Augenhöhe oder gar nicht statt. Um diesen Anspruch durchzusetzen, braucht DIE LINKE einen größeren gesellschaftlichen Rückhalt. Diesen zu organisieren ist die Hauptaufgabe für die nächsten fünf Jahre. Diese parteipolitische Herausforderung ist die größte vor der wir jemals standen.

Die Bedingungen, sie zu bewältigen, sind nicht einfacher geworden. Dies hat mit der geringer werdenden Organisationsfähigkeit unserer Partei zu tun. Aber auch die verlorenen Mandate in der Landtagsfraktion werden fehlen. Dies betrifft die FachpolitikerInnen, die mit ihrem Fachwissen auch das Bild unserer Partei geprägt haben. Gleichzeitig fehlen auch die personellen und finanziellen Ressourcen, die mit einem gewonnenen Landtagsmandat einhergehen. Wenn wir die kommenden Jahre nutzen wollen, um uns in eine gute Ausgangssituation für zukünftige Wahlen zu bringen, schaffen wir das nur, wenn wir jetzt alle Strukturen, Inhalte und Personen auf den Prüfstand stellen.

## Schlussfolgerungen

Wir wollen unsere Position im „strategischen Dreieck“ aus Protest, Gestaltung und über den Kapitalismus hinausweisen. Die Alternativen neu bestimmen. DIE LINKE wird nur erfolgreich sein, wenn sie die sich ihr bietenden Möglichkeiten nutzt, positive Veränderungen auch durchzusetzen. Gleichzeitig ist es notwendig, den gesell-

schaftlichen Druck für Veränderungen durch eine Unterstützung des Protests zu verstärken. Schließlich ist es an uns, einen Sozialismusbegriff zu definieren, der auch im 21. Jahrhundert wieder Strahlkraft entfalten kann.

Wir wollen in einem auf die nächsten Jahre angelegten Prozess ein Leitbild der Landespartei entwickeln, welches klar darüber Auskunft gibt, welchen Mehrwert DIE LINKE für die Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes haben kann. Die Wählerinnen und Wähler wollen nicht unsere Partei verstehen, vielmehr erwarten sie, dass wir



sie verstehen. Deshalb wollen wir auf ihre Zukunftsängste eingehen und die Voraussetzungen dafür ermitteln, damit diese Menschen wieder mit mehr Zuversicht in die Zukunft schauen können.

Wir berufen für die Leitbild-Debatte eine Vorbereitungsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Landesvorstandes (2), der Landtagsfraktion (2), der Kommunen (8),



Zusammenschlüsse (2), Jugendverband (2), Landesausschuss (1) sowie Multiplikatoren-Netzwerke je nach Thema ein. In einem weiteren Schritt werden Regional-konferenzen in den Kreisen durchgeführt, die eine breite Teilnahme der Basis ermöglichen. Diese sollten in Zusammenarbeit mit den Geschäftsstellen und Ortsgruppen des Jugendverbandes vorbereitet werden. Ziel ist es im Bundestagswahlkampf gestärkt arbeitsfähig zu sein.

Wir wollen Alternativen zur Regierungspo-

litik entwickeln. Der inhaltliche Leitfaden bleibt für uns das Programm zur Landtagswahl und die daraus abgeleiteten Zukunftsprojekte. Die Alternativen sollen in enger Abstimmung mit Partnern entstehen. Dies sind gesellschaftliche Initiativen, Interessenvereinigungen, Bürgerinitiativen, Akteure vor Ort, die für Zukunftsperspektiven und einen demokratischen sowie sozialen Ausgleich in der Gesellschaft eintreten. Regelmäßig werden wir Sachverständige aus der Gesellschaft zur Beratung hinzuziehen. Mit „Bürgeranträgen“ wollen wir engagierten Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit geben, parlamentarisches Gehör zu finden. Es sollen Projekte zur Beteiligung von EinwohnerInnen in der Kommunalpolitik entwickelt werden. Wir wollen uns für eine Debatte in der Landespartei einsetzen, mit dem Ziel, Konzepte und Ansprachen zu entwickeln, die auf die Erosion unserer WählerInnenbasis reagieren. Wir riskieren nicht nur künftige Wahlerfolge, sondern die Zukunft unserer Partei, wenn wir diese Auf-

gabe nicht meistern.

Wir wollen an unsere überdurchschnittliche Zustimmung bei den Jung- und ErstwählerInnen anknüpfen. Unser Ziel ist es, verstärkt junge WählerInnen zu gewinnen und sie langfristig an unsere Partei zu binden. Dazu benötigen wir konzeptionelle, mit Maßnahmen untersetzte Überlegungen. Ein Arbeitskreis aus jungen Mitgliedern unserer Partei, der Landtagsfraktion, dem Studierendenverband und dem Jugendverband soll hierfür Vorschläge erarbeiten.

Wir wollen organisationspolitische Schlussfolgerungen ziehen. Neumitglieder sollen an die Partei gebunden werden. Die bisherigen Strukturen haben nicht funktioniert und reichen dafür auch nicht aus. Künftige Wahlerfolge haben eine Effektivierung der Parteiarbeit zur Voraussetzung. Dazu gehören offene Büros,

die Mitgliedschaft und Sympathisierende gleichermaßen erreichen und der Jugendverbandsarbeit Raum geben. Gleichzeitig sollen diese auch soziale Orte sein, in denen wir logistische Hilfe für Stadtteilarbeit, antirassistisches Engagement oder Sozio-kultur anbieten können

und wollen. Mehr Verbindlichkeit und Langfristigkeit und eine zentrale Koordination werden in Zukunft wichtig sein. Regionale Schwächen in der Organisation sollen durch eine landesweite Unterstüt-

zung abgemildert werden. Wir wollen unsere Öffentlichkeitsarbeit neu ausrichten. Die politische Kommunikation ist zu verändern, wir wollen „frecher“ auftreten. Dazu gehört die Suche nach neuen Formen, Methoden, Medien und Sprache. Wir wollen Überlegungen zu neuen Veranstaltungs- und Gesprächsformaten anstellen, unser Erscheinungsbild in den sozialen Netzwerken sowie die online-Präsenz im Allgemeinen zukunftstauglich machen. Aber auch unsere klassische Pressearbeit ist mit dem Ziel zu evaluieren, ob unsere Ressourcen tatsächlich effizient eingesetzt werden. Dafür wollen wir uns auch die unabhängige Beurteilung von außen sichern. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine starke LINKE!

\*\*\*

## WIE GEHT ES WEITER?

Im Landesverband wird es sechs Regionalkonferenzen geben. Auf ihnen soll eine Stunde lang das Wahlergebnis analysiert werden, um danach in zwei Stunden in fünf Foren zu bestimmten Themen zu diskutieren. Diese fünf Themen sind:

„Ein Leitbild für unsere Partei“ (Protest- oder Gestaltungspartei oder Systemalternative? Worin besteht der Mehrwert unserer Partei für die Menschen?)

„Alternativen zur Regierungspolitik entwickeln“ (Was sind die drei Kernprobleme in M-V? Mit welchen gesellschaftlichen Partnern wollen wir sie angehen?)

„Jungwähler für uns gewinnen“

„Die organisatorische Arbeit des Landesverbandes neu organisieren“

„Neuausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit“

Arbeitsgruppen werden im Vorfeld der Regionalkonferenzen Thesen zu den fünf Bereichen erarbeiten und diese auf den Konferenzen zur Diskussion stellen. Die Ergebnisse fließen in einen Abschlussbericht ein, der auf dem Landesparteitag am 29.4.2017 verabschiedet werden und die Grundlage für die weitere Arbeit im Landesverband sein soll.

\*\*\*

## Rostocker Kreisvorsitzende: DIE LINKE - Partei im Wandel?

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen von uns sitzt das Wahlergebnis noch in den Knochen. Wir sprechen miteinander über die Ursachen, analysieren sie und sicher wird dieser Prozess noch andauern. Verschiedene Papiere gibt es zur Auswertung bereits, erste Sitzungen und Diskussionen haben stattgefunden, der Klartext bietet viel Lesestoff zum Thema und auch den anstehenden Kreisparteitag am 5. November wollen wir gemeinsam nutzen. Wir laden Euch herzlich ein, vorbei zu kommen und Euch einzubringen!

An dieser Stelle möchten wir uns nochmal bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern sowie bei allen Unterstützer\*Innen bedanken!

Der Landesparteitag hat einen Beschluss gefasst, der uns als Partei vor eine dringende erforderliche Aufgabe stellt: Aus

der Analyse des Wahlergebnisses müssen Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen werden. Es geht um unsere Strukturen, die Kampagnenfähigkeit der LINKEN, es geht um Aktionsformen, Debattenkultur, Inhalte und, und, und. Da sind wir alle gefordert, wir alle werden gebraucht. Als Kreisvorstand möchten wir diesen Prozess gemeinsam mit dem Kreisverband Landkreis Rostock gestalten, um möglichst viele Vorschläge zu entwickeln und zu sammeln. Momentan können wir feststellen, dass einzelne Mitglieder bereits Ideen für Veränderungen vorlegen. Das ist großartig! Bitte bringt Euch ein, schreibt Briefe oder Mails, schickt uns Eure Gedanken und beteiligt Euch an stattfindenden Diskussionsrunden! Es muss sich etwas bewegen in der LINKEN, da liegt ein weiter Weg vor uns. In Rostock gewinnen wir als Partei junge Leute dazu, allein seit der Wahl freuen wir uns über 7 Neueintritte. Beeindruckend ist ebenso das Engagement der Linksjugend, die wir in jeder Form unterstützen werden. Dennoch wollen wir einen Prozess anstoßen, der der LINKEN eine Zukunft gibt. Große Worte, große Pläne - letztlich gelingt es nur gemeinsam. Dabei wird es auch strittige Punkte und Konflikte geben. Trotzdem sollten wir zusammenhalten, aus Erfahrungen Konsequenzen ziehen und eine LINKE gestalten, die auch in kommenden Jahrzehnten für die Menschen kämpfen kann.

Kommt vorbei und mischt Euch ein!

Solidarische Grüße, Eva-Maria Kröger und Carsten Penzlin

## INFORMATIONEN AUS DEM ROSTOCKER KREISVORSTAND

Der Kreisvorstand begrüßte auf seiner Sitzung zwei neue Genossen, die sich über die Arbeit des Kreisverbandes informierten und schon aktiv in die Diskussion einbrachten.

Christian Albrecht informierte über die Arbeit des Jugendverbandes. Unser Stand auf dem Campustag war wieder ein großer Erfolg. Über 1000 Studierende wurden erreicht; es gab viele politische Gespräche u.a. zum Abschneiden der LINKEN bei der Landtagswahl sowie zum Umgang mit der AfD. Am 20.10. beteiligte sich der Jugendverband am Herbstfest in Schmarl, auch dort mit großem Erfolg. Vielen Dank an unsere jungen Aktiven!

Ausführlich beschäftigte sich der Kreisvorstand mit dem Vorschlag der Parteivorsitzenden, sich an der Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms zu beteiligen (siehe Mitgliederbrief im Anhang). Wir wollen dieses Angebot aufgreifen. Wir rufen die Stadtteilverbände auf, noch in diesem Jahr auf Mitgliederversammlungen zu diskutieren, welche Themen und Lösungsvorschläge die Schwerpunkte unseres

Bundestagswahlprogramms sein könnten. Der Kreisvorstand schlägt für die Diskussion folgende Struktur vor:

1 Was bewegt die Menschen? Was sind die drängendsten Probleme in der Gesellschaft?

2 Was ist uns als LINKE am wichtigsten? Welche Schwerpunkte sollten im Wahlprogramm dominieren?

3 Welche Lösungen bieten wir den Menschen an?

4 Weitere mögliche Diskussionspunkte: Wer sollen unsere Spitzenkandidaten sein? Wollen wir einen „knallharten“ Oppositionswahlkampf führen oder auf Rot-Rot-Grün hinarbeiten? Sollen im Wahlprogramm konkrete Sachlösungen im Rahmen der bestehenden Ordnung dominieren oder wollen wir den Wählern unsere Vision einer anderen Gesellschaft (demokratischer Sozialismus) vorstellen? Da es vielleicht nicht jedem Stadtteilverband möglich ist, kurzfristig eine solche Mitgliederversammlung durchzuführen, wollen wir im Dezember auch eine zentrale Veranstaltung zu diesem Thema anbieten. Auch der Jugendverband und die AG Seniorenpolitik könnten eigene Veranstaltungen durchführen.

Wie aus dem Mitgliederbrief ersichtlich, geht es nicht um ausformulierte Textbausteine für das Programm, sondern um konkrete Punkte, Missstände und Forderungen. Der Kreisvorstand wird alle eingehenden Bemerkungen sammeln und sortieren und schließlich auf der Gesamtmitgliederversammlung am 13.1. (Aufstellung unseres Direktkandidaten zur Bundestagswahl) zur Diskussion stellen. Wir erhoffen uns natürlich inhaltliche Impulse für den Wahlkampf in Rostock.

Zur Lektüre sei Euch auch der folgende Artikel aus dem ND empfohlen: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1029409.wir-sind-mehr-als-wir-denken.html>

Der Kreisvorstand beschäftigte sich mit dem Thema „Identitäre Bewegung“. Auch vor dem Hintergrund der Berichterstattung über die Verlegung der Zentrale nach Rostock (<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Rechtsextreme-Identitaere-Zentrale-nach-Rostock,identitaere120.html>) wollen wir als LINKE über diese stark an Bedeutung gewinnende rechtsextreme Bewegung aufklären, hierzu eine Veranstaltung anbieten und Infomaterial erstellen.

# Gesundheitssymposium

**Wie kann Gesundheitsversorgung und Pflege für ALLE Menschen in M-V gelingen? Unter diesem Motto fand am 22.10.2016 in Neubrandenburg ein Gesundheitssymposium der BAG Gesundheit und Soziales und der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik statt.**

Denn: Gesundheitsversorgung und Pflege werden immer stärker an neoliberalen Markt- und Profitinteressen ausgerichtet. Das hat zur Folge, dass viele Menschen von einer bedarfsgerechten Versorgung zunehmend ausgeschlossen werden. Aktueller Ausdruck dieser Politik ist, dass die neue Regierungskoalition künftig das Gesundheitswesen nicht mehr dem Sozial-, sondern dem Wirtschaftsministerium zuordnen wird.

Die Teilnehmenden sprachen sich entschieden gegen eine solche Politik aus und verabschiedeten eine Pressemitteilung unter dem Titel „Kein Herumdoktern am Gesundheitswesen“ (siehe anbei). Diesen Anspruch im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unterstrich Marianne Linke, Sprecherin der BAG Gesundheit und Soziales. Sie benannte die Zielstellungen ihrer BAG für das Bundestagswahlprogramm unserer Partei. So sollen alle

Bürger\_innen mit ihren verschiedensten Einkunftsarten (neben Löhnen, Gehältern, Besoldungen auch Kapital- und Mieteinnahmen) im Sinne einer paritätischen und solidarischen Bürgerversicherung in die Beitragsbemessung der Krankenversicherung einbezogen werden. Wichtig sei es auch, dass der auf Gewinnerorientierung und Kapitalrendite ausgerichtete Betrieb eines Krankenhauses gesetzlich ausgeschlossen werde. Überschüsse, die in einem Krankenhaus aus den Beitragsgeldern anfallen, müssen wieder in das Gesundheitswesen zurückfließen.

Die speziellen Problemlagen in M-V, insbesondere die **hausärztliche Versorgung**, machte Torsten Koplin, MdL, deutlich. Statistisch gesehen sei die Relation Einwohner pro Hausarzt noch gut, hier teilen sich 1.326 Einwohner einen Hausarzt. Das sind 200 weniger als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Aber in den nächsten Jahren sei die wohnortnahe medizinische Versorgung in Gefahr, zum einen weil in den letzten 10 Jahren in M-V mindestens 160 Hausarztpraxen geschlossen wurden und keine Nachfolger gefunden werden

konnten. Zum anderen, weil in den nächsten 5 Jahren etwa 200 Hausärzte das Regelrentenalter erreichen werden. Hinzu komme, dass nicht genügend Mediziner die Fachrichtung Allgemeinmedizin wählen und junge Mediziner bei der Niederlassung ländliche, stadtferne Regionen in der Regel meiden.

Da M-V kaum Fachkräfte aus anderen Bundesländern abwerben könne, müssen eigene wirksame Lösungen für die medizinische Grundversorgung gefunden werden, so Torsten. Im Koalitionsvertrag stehe zwar, dass ein zukunftsfähiges, langfristiges Konzept zur Gesundheitsversorgungsplanung entwickelt werden soll. Es wird aber nicht gesagt, wann dieses Konzept vorgelegt werden soll und wie M-V die not-



*Viele Arztpraxen sind nicht barrierefrei. Ein Treppenlift kann helfen.*

wendigen Ärzte gewinnen will.

Dr. Wolfgang Weiß, MdL referierte zu den regional-demografischen Aspekten von Armut in ländlichsten Abwanderungsräumen. Er stellte die Frage „Der ländlichste Raum – arm an Menschen, reich an armen Menschen...?“ und lieferte sowohl eine Menge an Fakten über die demografische Entwicklung in unserem dünn besiedelten Land sowie die Gründe für diese Entwicklungen.

Wolfgang Griese, Vorsitzender der Behindertenbeirates in Nordwestmecklenburg, sprach über die Barrierefreiheit des ÖPNV im ländlichen Raum und die damit verbundenen Probleme der Gesundheitsversorgung. Ziel müsse es sein, dass alle Personentransportunternehmen ihre Fahrzeuge barrierefrei gestalten. Als ein Beispiel stellte Wolfgang die so genannten Anrufbusse vor. Diese Busse kleinerer, ebenfalls barrierefreier Bauart verkehren in besonders entlegenen Ortschaften – so wie in Grevesmühlen und Umland. Sie stehen auf Abruf bereit und passen sich dem Bedarf der Bürger\_innen an.

Sonja Kemnitz, Referentin der Bundestags-

fraktion, referierte zur **bundespolitischen Sicht in Bezug auf Gesundheitsversorgung und Pflege**. Insbesondere ging sie auf die Schnittstellen zwischen Pflegeleistungsgesetz III und Bundesteilhabegesetz ein und betonte die Forderung nach dem Gleichrang der Leistungen der Pflegeversicherung (SGB XI) neben den Leistungen der Eingliederungshilfe sowie nach dem Vorrang der Leistungen der Eingliederungshilfe vor der Hilfe zur Pflege (SGB XII). Als unsere linken Alternativen benannte sie zum einen die Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Leistungen nach bundeseinheitlichen Qualitätsstandards finanziere. Das entlaste die Menschen mit Pflegebedarf von den Eigenanteilen. Zum anderen gehe es um die Einführung der solidarischen Pflegeversicherung. Drittens brauchen wir 100.000 Pflegekräften mehr in Krankenhäusern und eine sofortige bundeseinheitliche Mindestpersonalbemessung in Pflegeeinrichtungen und eine höhere Fachkraftquote.

Ein ausführlicher Tagungsbericht erscheint in Kürze.

*Margit Glasow*

Zum Koalitionsvertrag von SPD und CDU sowie zur Ankündigung von Herrn V. Kokert (Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag M-V) im Nordkurier, die Abteilung Gesundheitswesen aus dem Sozial- in das Wirtschaftsministerium zu überführen, erklären die Mitglieder der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik und der BAG Gesundheit und Soziales am 22.10.2016 in Neubrandenburg:

## **„Kein Herumdoktern am Gesundheitswesen“**

Wettbewerb, Marktregulierung nach Angebot und Nachfrage, Rendite-Erwirtschaftung sind zentrale Kriterien wirtschaftlichen Handelns - unter anderem, um gute Löhne für die Beschäftigten zu erzielen und durch ein hohes Steueraufkommen jene Mittel aufzubringen, die für einen funktionierenden Sozialstaat benötigt werden. Über Jahrzehnte gehörte es zum gesellschaftlichen Konsens der Bundesrepublik, dass die Sicherstellung einer bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnortnahe gesundheitlichen Versorgung der Einwohner/innen zu den originären Aufgaben des Sozialstaates gehört. Dieser Konsens beinhaltete selbstverständlich das solidarische Gesundheitswesen aus der Wettbewerbslogik mit einem freien Spiel der Kräfte am Markt - gesteuert durch Ange-

bot und Nachfrage mit höchstmöglicher Rendite - herauszuhalten. Das solidarische Gesundheitswesen - u. a. mit den Einrichtungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten, diagnostischen Einrichtungen und Apotheken - ist weitestgehend beitragsfinanziert. Gemäß des sozialstaatlichen Verfassungsauftrages gehört es zu einem der **wenigen gesellschaftlichen** Bereiche, die bislang überwiegend der Profiterwirtschaftung entzogen waren. Sie entwickelten sich auf der Grundlage öffentlich-rechtlicher, **bedarfsorientierter Planungsvorgaben**.

Krankenhäuser des Landes, die sich als bedarfsgerecht für die Versorgung der Bevölkerung erweisen, werden im Landeskrankenhausplan ausgewiesen und erlangen damit **nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz einen gesetzlichen Anspruch gegen das Land** auf die erforderliche investive Ausstattung **sowie gegenüber den Krankenkassen** auf die benötigten Betriebskosten. Mecklenburg-Vorpommern hat seit 1990 ca. 2,9 Mrd. Euro an Investitionsmitteln für die Krankenhäuser des Landes aufgebracht. Das solidarische Gesundheitswesen nun wie einen Wirtschaftszweig zu behandeln

und von „Fördertöpfen“ zu sprechen, wo es um gesetzliche Ansprüche zur Versorgung der Bevölkerung geht, zeigt sowohl die sozialpolitische Unkenntnis der Koalitionäre über die Funktionsweise des Sozialstaates, aber auch deren Verantwortungslosigkeit für die Gesundheitsversorgung in unserem dünn besiedelten Flächenland.

*Margit Glasow, Sprecherin und Beauftragte des Parteivorstandes der Linkspartei für Inklusion*

*Dr. Marianne Linke, Sozialministerin a. D.*

## Hilfe für die Cuba Sí-Projekte nach Hurrikan Matthew

In der Nacht vom 4. zum 5.10. zog Hurrikan Matthew über den Osten Kubas und hinterließ eine Schneise der Zerstörung. Man liest die Meldungen, sieht die Bilder - was ein Hurrikan aber tatsächlich für die Menschen in der betroffenen Region bedeutet, ist nur schwer fassbar. Hurrikan Matthew zog mit Spitzengeschwindigkeiten von bis zu 300 km/h über den Ostteil Kubas. Viele Familien haben durch „Matthew“ ihre Häuser verloren. In der Stadt Baracoa sind rund 90 Prozent der Dächer zerstört oder beschädigt. Zehntausende Menschen müssen sich in den Notunterkünften aufhalten. Kuba hatte

vor dem Eintreffen des Hurrikans 1,3 Millionen Menschen evakuiert - dadurch muss das Land keine menschlichen Opfer beklagen.

In den meisten Medien wird Kuba in der Berichterstattung über die Auswirkungen des schweren Wirbelsturmes nicht erwähnt. Aber auch in dem sozialistischen Land sind die materiellen Schäden enorm. Auch unser Milchprojekt in der Provinz Guantánamo (in den Kreisen Yateras und Imías) ist vom Hurrikan betroffen. Gegenwärtig sind die Mitarbeiter dabei, eine präzise Auflistung der Schäden an Wohnraum und Produktionsanlagen vorzunehmen. Mit dieser Information können wir dann eine schnelle und zielgerichtete Unterstützung für unser Projekt, die Familien der Mitarbeiter und die Menschen in der

Projektregion organisieren.

Bitte helft mit einer Spende, damit die entstandenen Schäden in unserem Projekt in der Provinz Guantánamo schnell beseitigt werden können. Wer spenden möchte, sollte bitte unbedingt den korrekten Verwendungszweck bei der Überweisung verwenden: **„Milch für Kubas Kinder/ Guantánamo“**. Vielen Dank für Ihre und Eure Unterstützung.

**Spenden bitte an:** DIE LINKE/Cuba Si  
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,  
BIC: BE LA DE BE XXX

**Verwendungszweck bitte so angeben:**  
**„Milch für Kubas Kinder/Guantánamo“**.

Wenn Sie eine Spendenquittung wünschen, bitte in der Überweisung vermerken und Adresse angeben.

## Rotfeder und die CETA-Problematik



Nach dem schönen langen Sommer an Beke, Warnow und Ostsee wollte ich noch ein paar warme Tage im Süden verbringen. Also bin ich zur Saône und Rhône geschwommen. Aber ich habe mich geirrt. Dort war es gar nicht wärmer als zu Hause. Das warme Mittelmeer saugte die kalte Luft von den Bergspitzen der Alpen und Cevennen wie durch eine Düse als Mistral durch das Flusstal nach Süden. Der Himmel war dadurch tagsüber schön blau und nachts voller leuchtender Sterne, aber die Temperaturen waren unerfreulich. Erfreulich hingegen waren wieder einmal

der unkomplizierte Grenzübergang, das problemlose Reisen, Handeln und Bezahlen mit dem Euro und das völlige Fehlen der Jahrhunderte alten Erbfeindschaft zwischen den Franzosen und Deutschen. Kein Land der Europäischen Union hat bisher gegen ein anderes Land der EU Krieg geführt, wie das vorher regelmäßig passiert ist. Das und vieles Andere spricht für die Union.

Aber nicht alles im Zusammenhang mit der EU ist in Ordnung. Wenn sie Verträge abschließen will, die hauptsächlich den multilateralen Konzernen dienen und

möglicherweise den einfachen Bürgern ihre demokratischen Rechte nehmen und erkämpfte Standards senken könnten, dann müsst ihr euch wehren! Wie ihr das machen könnt, haben die Menschen an der Maas in der Wallonie gezeigt. Und auch die LINKE in Deutschland versucht noch, die Regierung zu zwingen, den Auftrag des Verfassungsgerichts zu erfüllen und sicherzustellen, dass Deutschland aus CETA wieder aussteigen kann, falls es dazu

durch ein späteres Karlsruher Urteil gezwungen wird.

Nur dann darf Deutschland den Vertrag ratifizieren.

Das meint eure Rotfeder



# Plattdeutsches von Kurt Kaiser

Kurt Kaiser vertellt oewer:  
**De letzten drei Rostocker Ströper,**  
Johrgang 1926 (IV)

„Wat wier in ´n Oktober juch schönstet Beläwnis“, fragt ´ ick Charlie un Tedje, as wi uns in ´n Oktober tau unsen traditionellen „Trialog“ bi ´n „Ollen Fritz“ drapen deeden. „Von schönstet Beläwnis kann bi mi kein Räd sin, in ´n Gegendeil,“ säd Charlie, un leggte gliek los: „Dat unschöne Beläwnis füng doch all an ´n Dach von de Einheit an, as Terroristen in Dresden mit Anschläg up Polizeifohrtüch, ein Moschee un dat Kongresszentrum ehre Brandteiken makten. As schändliche Gastgäwer erwiesten sik ok Pegida-Anhänger, de Merkel un Gauck mit Trillerpiepen un Schmäh ´ anpöbelten un de Gäst taun Festgottesdeinst mit „Haut af“ un „Volksverräter“ taun „Spießbraudenlophen“ drewen.“

„Dat is würllich ein Schand, dor gäw ick di recht!“ geew Tedje nu

Charlie recht: „Wat dor passierte, is doch ´n Skandal. Dat wiern keine Minschen ut jenne Stadt, üm de sik ganz Dütschland sorgt, dormit se werrer as „Elbflorenz“ ehrn ollen Glanz kriggt.“

ICK plicht Tedje bi un geef tau bedenken, dat woll ok de meisten Dresdner nich dormit inverstahn sünd, wat Pegida un Neonazis dor för ´ne Schau ümmer noch veranstalten un dormit ok Terroristen tau Gewalt upmuntern.

Un Charlie frög, woans man woll de Polizei ehre Rull betrachten künn, wenn se Pegida för ehre Demonstration einen „erfolgreichen Tag!“ wünschte.

„Gah mi blos los mit de Sachsenpolizei!“ erieferte sik Tedje noch ümmer: „Ierst wünschen se Pegida för ehre Demo einen schönen Dach, denn laten se in Chemnitz einen Terroristen entkamen un as denn utgeräkend ´n Syrier em schnappt, laten Wachtschaft, Polizei un Justiz denn Delinquenten sik ok noch strangulieren. Könt jü soväl Dilettantismus verstahn?“

„Nö! Äbensowenig, as dat de Einheitsfier 4,5 Mio Euro kost un de NNN denn Stinkstäwel Biermann interviewt hett!“

Verwunnert keeken nu Tedje un ick nu Charlie an, de von de Dresdner Einheitsfier un dat Sachsendilemma so plötzlich denn Wolf Biermann in ´t Spill bröchte. Oewer Charlie klorte uns ok gliek up: „De lütte Biermann, de sik sülvst as Schriehals outet un as ein # treuer Verräter un guter Renegat # betitelt, un nahdem de DDR em vör 40 Jahr rutschmeit, ümmer noch vull Hass is, dörfte nu in de NNN noch mal sie-



nen inneren Schweinehund so richtig rut un blaffen laten. Siene würtliche Meinung: # *Noch nie in der Menschheitsgeschichte ist so viel Geld von A nach B geliefert worden, wie nach der Wiedervereinigung, um Kohls Wahlpropaganda von den blühenden Landschaften wahr zu machen!* #

Biermann kehm tau de Schlussfolgerung: # *Wenn man so eine Hilfe nicht zurückgeben kann, egal in welcher Währung, dann passiert es fast automatisch, dass man die genossene Hilfe klein- oder schlechtredet. Und dann geht man eben zu den Linken von Gregor Gysi oder zur AfD. Zusammen haben diese Parteien 55 % in Ostberlin aller Stimmen errungen, dort möchte ich nicht wohnen.* #

„Dei Schriehals fählt uns hier noch!“ reep Charlie, de offenbor ümmer noch nich mit Biermanns ketzerischen Würd oewer Kohls blühenden Landschaften farig wier un de anduern den Klagen, dat de Staat so väl Geld up Kosten von westdütsche Stüertahler in denn kaputten Osten

pumpt. „Biermann steiht mit sien Meinung leider nich allein, denn ick heff all öfter in ´n Westen disse Töne hört“, säd nu Charlie, „dorüm heff ick mi dormit mal bäten intensiver befaat un recherchiert un bün up ´n interessantet Bauk stött, dat denn Titel dreggt: # **Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben?** # De Autor heit Siegfried Wenzel, de Verlag: Das Neue Berlin. - Villicht kriggt jü Lust, dat mal sülvst tau läsen un doroever nahtaudenken. Ick mücht juch blos ´n poor Fakten vördrägen, de ick mi besonnens notiert heff:

# *Die Schulden pro Kopf die die DDR-Bürger in die Vereinigung eingebracht haben, betragen nicht einmal 50% derjenigen, die auf jeden Bürger der alten Bundesländer lasten. Juristisch stehen aber die DDR-Bürger für das Abtragen dieser Schuldenlast der „Westbürger“ mit in der Pflicht.* - *Die alte DDR war zumindest in einer Beziehung ein grundsolider Staat: das Staatsvermögen machte ein Mehrfaches der Staatsverschuldung aus. Dieses Vermögen hat die Bundesrepublik mit dem Beitritt geerbt – fast die ganze Industrie, beträchtliche Teile des Wohnungsvermögens, der Land- und Forstwirtschaftlichen Nutzung u.a.* #

„Wat de Wessis andauernd palawern, dat wi Pleite wiern is doch Quatsch un ick zittier hier noch mal ut dit Bauk: # *Die Verfächter dieser Verleumdung eines zwar untergegangenen, aber immerhin 40 Jahre existierenden Staates sollten endlich die Fakten akzeptieren und damit die Arbeit und Lebensleistung von 16,5 Mio Deutschen.* #

„Ok ick bestried doch nich unsen ökonomischen Rückstand denn wi harn, oewer man möt ok weiten, worüm dat so wier, nur so kann man ein objektives Urtei awgäwen. Doroever steiht hier unner annern oewer Ursaaiken: # *Das sind vor allem die objektiven Ausgangsbedingungen nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und die Tatsache, dass dieser Teil Deutschlands von jener Macht besetzt wurde, die die Hauptlast des Krieges getragen hatte, deren Territorium völlig zerstört war und die nicht nur die im Potsdamer Abkommen zugestandenen Reparationen ausschließlich bzw. im Wesentlichen allein aus der von ihr besetzten Zone entnahm, sondern sie um 40–60 % überzog. Nach Abschluss der Demontagen 1948 verblieben in der SBZ zwischen 74 und 84 % des Bruttoanlagevermögens der Industrie von 1936, während in den westlichen Besatzungszonen der industrielle Kapitalstock (mit 111%) über den Stand von 1936 lag*

*Bis März 1947 wurden (z.B.) in der SBZ 11.800 Kilometer Eisenbahnschienen abgebaut und in die UdSSR verlagert. Damit war hier das Netz um 48 % reduziert. - Gemessen am Sozialprodukt umfassten die neben den Demontagen durchgeführten Entnahmen aus der laufenden Produktion für Reparationen in de SBZ bzw. DDR in den ersten acht Nachkriegsjahren (1946 bis 1953)= 22 % der laufenden Produktion. In den Westzonen wurde im gleichen Zeitraum die laufende Produktion allenfalls für einige Bedürfnisse der Besatzungstruppen in Anspruch genommen.*

**Die DDR trug also 97 bis 98 % der Reparationslast Gesamtdeutschlands.** *Damit entfielen auf jeden Einwohner vom Kind bis zum Greis in der DDR 5.500 DM Reparationen, in der Bundesrepublik 42 DM, d.h. in der DDR also pro Einwohner mehr als das 130fache. -*

*Diese Angaben finden sich wieder in einem Aufruf an die Regierung der BRD zur Zahlung ihrer Reparations-Ausgleichs-Schuld an die Menschen der ehemaligen DDR, datiert mit der Jahreswende 1989/90, initiiert von dem Bremer Wissenschaftler Prof. A. Peters und unterschrieben von 12 Wissenschaftlern und Politikern der alten Bundesländer. Daraus wird abgeleitet: **Wenn die Reparationsleistungen gleichmäßig auf die Bürger ganz Deutschlands verteilt worden wären, ergäbe sich folgendes:***

*Unter Berücksichtigung einer Verzinsung von 6 3/8 Prozent (wie sie die DDR für die ihr vom Bundesfinanzministerium über deutsche Großbanken 1983-1988 gewährten Kredit zu zahlen hatte) ergibt sich eine Ausgleichzahlung der BRD an die Bürger der DDR in Höhe von 727,1 Mrd. DM als ein objektiv völlig gerechtfertigter Lastenausgleich. # Fortsetzung auf S. 15 unten*

# Termine aus HRO und LRO

| Datum       | Zeit      | Veranstaltung  | Ort          | Raum  |
|-------------|-----------|--|--------------|---|
| Sa., 5.11.  | 9:00 Uhr  | Kreisparteitag DIE LINKE.Rostock mit Dietmar Bartsch; Wahl zur Vertreterversammlung zur Aufstellung der Liste zur Bundestagswahl | Rostock      | Stadthalle  |
| Mo., 7.11.  | 18:18 Uhr | Friedensdekade 2016 "Kriegsspuren"   | Bad Dob.     | Münster   |
| Di., 8.11.  | 13:30 Uhr | RLS-Seminarreihe "Ankommen": Menschenwürde und die freie Entfaltung  | Rostock      | Waldemar Hof                                      |
| Mi., 9.11.  | 15:00 Uhr | Buchvorstellung mit Prof. Deutschland: Hermann und Käte Duncker. Tagebuch in Briefen (1884-1953)                                 | Graal-Müritz | Bäderbibliothek, Fritz-Reuter-Str. 17             |
| Mi., 9.11.  | 19:00 Uhr | Mahnendes Gedenken an die Reichspogromnacht  | Güstrow      | Alter jüdischer Friedhof                          |
| 11.-13.11.  |           | Die Ästhetik des Widerstandes. Lesungen und Ausstellungen zum 100. Geburtstag von Peter Weiss                                    | Rostock      | Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21               |
| Di., 15.11. | 14:00 Uhr | Skatrunde  | Rostock      | Bremerstr. 24 (VS)                                |
| Do., 17.11. | 17:00 Uhr | RLS: Vorlesung "Performing Politics: Zur Re/Präsentation im Werk von Vika Kirchenbauer   | Rostock      | Uni-Hauptgebäude, Hörsaal 218                     |
| Fr. 18.11.  | 15:00 Uhr | RotFuchs: Klaus Blessing zum Thema "Die DDR war nicht pleite - Warum ging sie trotzdem bankrott?"                                | Rostock      | MGH Evershagen Maxim-Gorki-Str. 51, 18106 Rostock |
| 23.-27.11.  |           | Tage des indigenen Films   | Rostock      |   |
| Do., 1.12.  | 15:00 Uhr | VVN-BdA: Blumen zum Gedenken an Hans Beimler (80. Todestag)  | Rostock      | Seehafen, Eingang Hafenwirtschaft                 |
| Fr., 2.12.  | 17:00 Uhr | VVN/RLS: Filmaufführung "Fünf Patronenhülsen"  | Rostock      | Barnstorfer Weg 4                                 |
| Di., 13.12. | 14:00 Uhr | Skatrunde  | Rostock      | Bremerstr. 24 (VS)                                |
| Fr., 13.1.  | 17:00 Uhr | Gesamtmitgliederversammlung zur Aufstellung des Direktkandidaten zur Bundestagswahl  | Rostock      | Stadthalle  |

## Mindestlohn statt Armutslohn



- **10 Euro sofort - schnelle Erhöhung auf 12 Euro!**
- **Lücken und Ausnahmen schließen!**
- **Keine Anrechnung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld**

Fortsetzung von S. 14

„Hier stahn noch mihr Fakten, oewer ick denk dat reicht ierst mal üm klor tau maken, dat de Utgangslaag för de SBZ un DDR oewerhaupt nich mit de in Westdütschland tau verglieken is, weil se väl schwerer wier. Dat seech ok de Ex-Börgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi so, de warn-te: # *Es geht nicht, dass der östliche Teil Deutschlands, der den Krieg bezahlt hat, auch noch den Frieden bezahlen muss!* # - Nu har Charlie sien Vördrach beendet un luerte nu up uns Meinung. Während Tedje nu noch bäten oewer denn „Schmutzlieder-Sänger“ palaverte, de uns Ossis as Schmarotzer, Konsorten, Angstbieter un Schwienehun´ beleidigte, dachte ick dorowewer nah, worüm uns Kinner un alle Arbeitnähmer, de uns Länner in Osten de True hollen hemm, 26 Jahr nah de Einheit ümmer noch mit bi 30 % weniger för glieke Arbeitsleistungen löhnt warn, as de

im Westen. Dor ist dat doch kein Wunner, wenn de Jugend un Facharbeiterelite nah ´n Westen utwannert un wi ümmer noch ökonomisch achterher hinken. Dor könn uns de Politiker sünst noch wat vertellen un bruken sich nich tau wunnern, wenn de Lüd ehren Glowen un Maut verliern. As an ´n 6. Dezember 1989 Willy Brand för de Marienkirch in Rostock sprök, hürten em Dusende tau un wulln giern glowen, dat wat nu an ´n Tausamenwassen denn Anschien har, ok tausamengehören wür. Hei stammte ut Klütz, wier also ok ein Meckelnborger, har för 55 Jahr Rostock taulezt besöcht un fäulte sik hier tohus. Ick wull em dat giern glöwen. Oewer dor hemm mi de 26 vergahnen Einheitsjohr doch sihr enttäuscht: anstatt denn Schulerschluss mit Links, treckte de SPD denn Rechts vör! Un wenn dat wierer so geht, bliff alls bie ´n Ollen, dat heit: väl Palavern un Verspraken för de Wahl un dat meiste nich hollen dornah.

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Ros-  
tock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34,  
18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig,  
Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
Internet: www.dielinke-rostock.de  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS  
OSPA Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Le-  
serbriefen müssen nicht mit denen der  
Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion  
behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

## LYRIK

Open Air (von Janina Niemann-Rich)

Streichquartett in Streuobstwiese  
Erntedank dank Artenvielfalt

Psychohygiene  
(von Janina Niemann-Rich)

Schublade um Schublade entrümpelt  
gedankendifferent

Mein Weg (von Janina Niemann-Rich)

Im Regengussfluss  
Gedanken klar

# Irving Stone: Die Tiefen des Ruhms, Der Roman des Impressionismus

Buchbesprechung von Wolfgang Bergt

Es müssen nicht immer die allerneuesten Bücher sein, die einen Leser packen und nicht mehr los lassen. Auch ein Buch, das schon vor ein paar Jahren herausgekommen ist, kann die Spannung erzeugen, schnell noch die nächsten Seiten lesen zu wollen, um auch bald deren Inhalt zu erfahren. Andererseits kann auch gegen Ende des Buches die Sorge wachsen, dass das Leseerlebnis zu schnell enden könnte.

So ging es mir mit dem Roman „Die Tiefen des Ruhms“ von Irving Stone aus dem Jahr 1985, den ich mir gebraucht gekauft habe. Auf knapp 600 Seiten gelingt es dem Autor, alle wichtigen Maler des französischen Impressionismus und deren Familien, Mäzene und Händler in einer überschaubaren Handlung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Frankreich miteinander zu verknüpfen.

Wieder einmal zeigt sich, dass man die eigentlichen Informationen über eine Epoche nicht nur aus Geschichtsbüchern, sondern hauptsächlich aus Literatur und Kunst bekommen kann. Das Schicksal und der Lebenslauf einzelner Menschen machen die historischen Umstände erst erlebbar.

Künstler waren in der Gesellschaft Außenseiter. Ihre künstlerischen Ziele und ihre Lebensweise stieß bei fast allen Schichten der Bevölkerung auf Unverständnis. Sie nahmen in Kauf, dass der Lebensunterhalt für sie und ihre Familien extrem unsicher war. Ja, manche hungerten zeitweise, weil sie ihre Ziele nicht aufgeben wollten. Auch ihre Sammler mussten mutig und zuversichtlich sein, um entgegen der aktuellen Tendenzen des Kunstmarktes Geld für Bilder auszugeben, die nicht die Weihe der Jury des offiziellen Salons erhalten hatten.

Es ist spannend zu lesen, wie es den verschiedenen Personen in den Wirren der Zeit, bei der Umgestaltung von Paris, während des deutsch-französischen Krieges und der Pariser Kommune und danach erging und wie sie sich verhielten. Zwischen den Zeilen wird man auch daran erinnert, dass das, was heute pauschal Terror genannt wird, gar nichts Neues ist. Auch

damals haben Anarchisten Bomben geworfen und Attentate auf Politiker und Herrscher verübt – und nicht nur in Frankreich. Offenbar ist solcher Terror schon lange ein verzweifelter und meist untauglicher Versuch einiger Schwacher, sich gegen die Gewalt der Mächtigen zu wehren. Schon Pontius Pilatus ließ ja angeblich das Volk entscheiden zwischen dem Dulder Jesus und dem Täter Barabbas.

Der Hauptakteur in dem Roman ist Camille Pissarro. An seinem Leben und Schaffen erläutert Irving Stone exemplarisch die Entwicklung des Impressionismus, der Kunstrichtung, die zu den einflussreichsten der Neuzeit gehört. Pissarro hatte Kontakt zu den Vorgängern und Wegbereitern dieser revolutionären Vision von Licht und Farbe und zu den ersten künstlerischen Nachfolgern.

Auf der Buchrückseite wird das New York Times Book Review zitiert: „Dieser Roman erzählt von Kampf und Talent, von Armut und Träumen. Er lebt von der Atmosphäre aus Kunst und Inspiration. Ein genialer Pinselstrich des Meisters des biographischen Romans.“ Dieser Meinung schließe ich mich an.



**Gewinner:** Die neu gewählte rot-rot-grüne Koalition in Berlin wird dem Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) nicht zustimmen. Das ist doch mal eine gute Nachricht nach der Wahl des Abgeordnetenhauses.

**Verlierer:** Bei der Ostsee-Zeitung sollen wieder Mitarbeiter entlassen werden. Obwohl die Zeitung Profit macht. Aber wohl noch nicht genug.

## Monatszitate

„Die Erhöhung des Kindergeldes um zwei Euro ist ein Witz und hilft nicht, Kinderarmut in diesem reichen Land wirksam zu bekämpfen. Wer Kinderarmut nicht beseitigt, belastet die Zukunft unseres Landes.“ (Dietmar Bartsch)

## Monatszahl

DIE LINKE hat einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Zukünftig sollen die Gesamtbezüge eines Managers nicht mehr als das 20fache der untersten Gehaltsgruppe im gleichen Unternehmen betragen dürfen.

Wenn also ein Manager mit einer Million Euro im Jahr nach Hause gehen will, dann muss die Reinigungskraft oder der Pförtner in diesem Unternehmen mindestens ein Zwanzigstel davon erhalten, sprich 50.000 Euro. Wer die unteren und mittleren Gehaltsgruppen in einem Unternehmen nicht gut bezahlen kann, der hat auch keine Millionen-Vergütung verdient.

## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand die Klausur der Landtagsfraktion statt?

2. Wie viele zusätzliche Pflegekräfte fordert DIE LINKE??

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

**Einsendeschluss ist der 01.12.2016**